

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Lauenburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonntag, den 13. September 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295

Verlag: Dönhofs 2506-2507

Vor dem großen Ministersturz.

Die Regierungskrise eröffnet. — Die „Notifizierung“ als Vorwand. — Bürgerblock oder Auflösung? — Stresemann oder Marx?

Die Minister kehren nach Berlin zurück, die Regierungskrise ist eröffnet. Programmäßig! Man kann auch sagen: veritablenmäßig!

In jenem „Berliner Vertrag“, der als innerpolitischer Annex zum Londoner geschichtliche Berühmtheit erlangt wird, hat sich die Deutsche Volkspartei verpflichtet, „mit allen Mitteln auf einer ihrer Bedeutung entsprechenden Beteiligung der Deutschnationalen an der Reichsregierung zu bestehen“.

Die Deutsche Volkspartei ist vertragsstreu.

Von jenen „allen Mitteln“ ist die Eröffnung einer Regierungskrise das erste. Wenn Deutschnationale zu Ministern befördert werden sollen, müssen andere stiegen, und noch andere werden freiwillig gehen. Das ist so klar wie irgend etwas.

Unter den ministeriellen Todeskandidaten befindet sich auch der Reichskanzler selbst. Damit verraten wir kein Geheimnis. Denn Herr Hertig, den man wegen bewiesener diplomatischer Eignung unbedingt zum Außenminister machen möchte, wenn wir nicht Herrn Stresemann hätten, hat sich ja gleich nach Abschluß des Vertrags teilnahmsvoll bei Herrn Marx nach dessen Befinden erkundigt. „Ist es richtig, Herr Reichskanzler, daß Sie Anfang Oktober zurückzutreten gedenken?“ Jeder soll ein Diplomat, jeder soll ein Hertig!

Nun soll das Reichskabinett in der nächsten Woche zusammenzutreten, um über die Frage zu beraten, wann, ob, wie die Kriegsschuldenerklärung „notifiziert“ werden soll. Stünden wir nicht schon inmitten der Krise, so wäre es selbstverständlich, daß jede Bearbeitung der öffentlichen Meinung in einer bestimmten Richtung so lange unterbliebe, bis das Kabinett Beschluß gefaßt hat. Wenn in anderer Weise verfahren wird — verfahren ist in jeder Beziehung der richtige Ausdruck — so ist das ein sicheres Anzeichen dafür, daß die Krise bereits eröffnet ist und daß wir schon mitten in ihr stehen.

Darum findet jetzt ein förmliches Wettrennen nach Berlin statt, um der einen Richtung einen Vorsprung vor der anderen zu sichern.

Indes, es muß, um Verdunkelungsmanövern vorzubeugen, wieder mit dem Anfang begonnen werden.

Kein Mensch und keine Partei in Deutschland hält die Beurteilung des deutschen Volkes, wie sie durch den Vertrag von Versailles ausgesprochen ist, für gerecht. Keinen Menschen und keine Partei gibt es in Deutschland, die nicht die sichtbare, allmähliche Wandlung der Weltmeinung in diesem Punkt mit Befriedigung erfüllt. Der Streit, der jetzt geführt wird, geht um eine Frage der diplomatischen Zweckmäßigkeit.

Wenn jetzt behauptet wird, es habe die Absicht bestanden, die Schuldfrage schon in London zu behandeln, nur „Zeitmangel“ habe das verhindert, so muß man über die Lachheit einer solchen Ausrede erstaunen. Es war nicht, der vorgeschützte „Zeitmangel“, es war wiederum eine höchst einfache Erwägung diplomatischer Zweckmäßigkeit, die das Anschneiden der Schuldfrage in London verhinderte. Deutschland hatte ein Interesse daran, in London zu einem Abschluß zu kommen, es hätte aber nicht das Gewollte, sondern das Gegenteil erreicht, wenn es die Verhandlungen auf dieses Gebiet gelenkt hätte. Die Verhandlungen wären damit einfach gesprengt worden.

Der geniale Rat, in London die Schuldfrage aufzuwerfen, war eben von denen gekommen, die die Sprengung der Verhandlungen wünschten, nämlich von den Deutschnationalen. Es ist nur selbstverständlich, daß er von denen, die einen positiven Abschluß wollten, nicht befolgt wurde.

Um jedoch den deutschnationalen Strategen entgegenzukommen, verstand man sich zu einem Kompromiß. Was man verständigerweise nicht in die Verhandlungen hineinbringen konnte, das glaubte man ihnen nach ihrem Abschluß, gewissermaßen als Schwänchen, anhängen zu können. So entstand auf dem Boden des Berliner Vertrags die Erklärung der Reichsregierung vom 30. August.

Wenn heute behauptet wird, der Staatssekretär v. Rathenau seit mit diesem Ausgangspunkt und der weiteren Entwicklung einverstanden gewesen, so versucht man, ihm das Letzte von seinem Ruf zu nehmen, nämlich, daß er sich auf die Außerlichkeiten des diplomatischen Handwerks versteht.

Noten werden überreicht und — mitunter — nach der Ueberreichung veröffentlicht. Daß man aber eine Erklärung

in die Zeitungen setzt und sie dann durch „Notifizierung“ zu einer Note verwandelt, ist ein Unternehmen, das schon seiner drastischen Komik wegen seinen Zweck verfehlen muß. Die fremden Minister haben ja längst in den Zeitungen gelesen, was ihnen „notifiziert“ werden soll, und so wird der feierliche Staatsakt der Ueberreichung zur Farce degradiert.

Findet dieser tragikomische Staatsakt wirklich statt, so ist noch das Beste, was passieren kann, daß sich die fremden Regierungen auf die Erklärung beschränken, sie hätten von der deutschen Note schon aus den Zeitungen her Kenntnis genommen. Dann ist das Ganze ein Schlag ins Wasser. Im schlimmeren Falle gibt es Proteste und ein Neuauffammern der feindseligen Stimmungen von 1914. Dann endet alles mit mehr als einer Blamage, mit einer Schädigung der deutschen Reichsinteressen.

Welche peinliche und bedenkliche Situation! Einen Ausweg aus ihr zu finden, war der Zweck der vorgesehenen Kabinettsberatung. Jeden Ausweg aus ihr zu verräumen, ist der Zweck der jetzt eingeleiteten, mitten in die Krise hineinführenden Aktion.

Bedauerliche Symptome! Dieses Gegeneinanderarbeiten bestimmter Stellen gegen andere bestimmte Stellen war das Kennzeichen der letzten wilhelminischen Ära. Ist es nicht merkwürdig? Kaum beginnen die Wilhelminer sich der deutschen Politik zu bemächtigen, so fängt es schon wieder an!

Das Ergebnis dieses Gegeneinanderarbeitens war regelmäßig eine Situation, in der nur die Wahl blieb zwischen einem peinlichen Rückzug und der Austragung eines Konflikts unter ungünstigsten Umständen. Siehe Krüger-Depesche, Marokko — Weltkrieg! Und merkwürdig: auch das fängt auch schon wieder an!

Notifiziert man nicht, so ist es peinlich. Notifiziert man, so ist es schädlich. Glorreicher Beginn der Bürgerblockdiplomatie!

Jetzt sagt man, es müsse notifiziert werden, sonst sei „die Autorität der Regierung“ dahin. Nun, von dieser Regierung wird bald nicht nur die „Autorität“, sondern auch alles übrige dahin sein. Und man muß schon sagen: um eine Regierung, deren „Autorität“ fordert, daß man etwas tut, was ein offener Unsinn ist und Deutschland schadet, um eine solche Regierung ist es nicht mehr schade. Ihre Tage sind gezählt!

Was weiter? Die Volkspartei treibt innere Erfüllungspolitik. Sie erfüllt den Berliner Vertrag Punkt für Punkt. Wird nicht notifiziert, so werden Stresemann und die anderen Volksparteiler aus dem Kabinett ausscheiden; wird notifiziert, so fällt — so oder so — der Reichskanzler Marx. Dann ist kein Kabinett mehr da, ein neues muß gebildet werden. Dann „wird die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit allen Mitteln auf einer ihrer Bedeutung entsprechenden Teilnahme der Deutschnationalen an der Reichsregierung bestehen“. Was aber werden die Demokraten tun, und was wird das Zentrum tun?

Sie werden diese Fragen selbst beantworten. Für die Sozialdemokratie ist der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung eine Kriegserklärung. Vom taktischen Standpunkt aus gesehen könnte der Bürgerblock der Sozialdemokratie freilich zu keiner besseren Gelegenheit kommen als jetzt. Denn jetzt würde er, für alle Augen sichtbar, schmuckstiefend zur Welt gebracht werden, behaftet mit dem Schandmal eines Kaufvertrags, bei dem außenpolitische Ueberzeugungen gegen innerpolitische Vorteile, Meinungen gegen Ministerfesseln ausgetauscht worden sind. Er würde durch die Aufnahme der blamiertesten Partei, die es gibt, der deutschnationalen Partei, von Anfang an selber als der Blamierte dastehen, Spott und Hohn aller vernünftigen Menschen.

Außenpolitisch bedeutet aber der Bürgerblock die äußerste Gefährdung der durch die bisherige Politik erzielten Ergebnisse und schwerste Schädigung der deutschen Volksinteressen. Innerpolitisch bedeutet er den Sieg aller antisozialen, antirepublikanischen und antidemokratischen Tendenzen und Anbahnung der Rückkehr zum alten Herrtentum, Zerkleinerung der bürgerlichen Mittelparteien, schwersten inneren Konflikt.

So stehen die Dinge jetzt. Was mit der „Notifizierungsfrage“ beginnt, wird durch seine innere Mechanik mit einer schweren innerpolitischen Krise enden.

Auf dem Weg dieser Krise liegt die Reichstagsauflösung. Sie muß dringender denn je gefordert werden, weil sie das Mittel ist, die Krise auf verfassungsmäßigem Wege

zu beenden. Der Bürgerblock würde in diesem Reichstag sowieso keine sichere Mehrheit haben, so mag er versuchen, ob er sie im nächsten bekommt.

Also aufgepaßt! Wahlen in Sicht! Die Wahlparole heißt aber nicht: „Notifizieren oder nicht notifizieren!“, sondern: „Bürgerblock oder Sozialdemokratie!“

Stresemann in Berlin — Marx beim Reichspräsidenten.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist gestern in Berlin eingetroffen. Am selben Tag begab sich Reichskanzler Marx nach Freudenstadt zum Reichspräsidenten. Er fuhr aber von dort wieder nach Sigmaringen zurück.

Eine einseitige Darstellung.

Die Telegraphen-Union berichtet: In den letzten beiden Wochen nach der parlamentarischen Erledigung des Londoner Paktens ist es in der deutschen Presse zu lebhaften Erörterungen des Kriegsschuldvertrags und der Frage des deutschen Beitritts zum Völkerbund gekommen. Wie die Telegraphen-Union aus Kreisen der Reichsregierung erfährt, sind bei diesen Erörterungen folgende Darstellungen sowohl über die Entwicklung dieser beiden Fragen, als auch über den Standpunkt der Reichsregierung vorgekommen. Vorweggenommen ist es falsch, daß in der Behandlung der beiden Probleme im Kabinett irgendwelche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Sowohl zwischen dem Reichskanzler und dem Außenminister als auch zwischen diesem und Staatssekretär Rathenau besteht vollständige Uebereinstimmung. Die Absicht des Widerrufs des abgeprüften Kriegsschuldvertrages hat im Reichskabinett bereits bestanden, ehe noch überhaupt die Einladung zur Londoner Konferenz vorlag. Sie ist auch vom Reichsrat mit Einschluß der sozialdemokratischen Vertreter der Länder gebilligt worden! (Der Antrag, der jetzt gemacht wird, ist nie gebilligt worden! Red. d. B.) Die Absicht der Reichsregierung, in der Schlußphase der Londoner Konferenz die Erklärung abzugeben, daß Deutschland die neuen Lasten nur in Verfolg des Versailleser Vertrages, keinesfalls aber auf Grund einer moralischen Verpflichtung aus der Schuld am Kriege heraus übernommen, ist nur deshalb unterblieben, weil

in der Haft des letzten Tages

keine Möglichkeit vorhanden war, dem Vorsitzenden der Londoner Konferenz die Absicht einer Erklärung bekanntzugeben. Die Absicht selbst hat aber beim Reichskanzler bestanden. (?) Bei der Verhandlung der Dawes-Gesetze im Reichstag ist dem Außenminister von den Deutschnationalen die Anregung gegeben worden, ob es nicht möglich sei, die Behandlung auf etwa 14 Tage zu verlagern und während dieser Zeit zu versuchen, in bezug auf die Räumungsfragen bei den Alliierten mehr zu erreichen. Nachdem dieser Vorschlag von dem Außenminister als unmöglich abgelehnt worden war, hat die Reichsregierung in der noch zur Verfügung stehenden Zeit immerhin versucht, die Alliierten auf den Ernst der parlamentarischen Lage in Deutschland hinzuweisen. Dieser Schritt hat aber bei der Kürze der Zeit nicht zu einem Erfolge geführt. Darauf ist nach weiteren Informationen aus den Kreisen der Reichsregierung

von deutschnationaler Seite

die Anfrage erfolgt, ob die Regierung im Prinzip mit den deutschnationalen Anträgen einverstanden sei. Der Niederschlag dieser Verhandlungen zeigte sich dann in der Erklärung des Reichskanzlers, die nach den oben wiedergegebenen Mitteilungen also bereits auf einen früher gestellten Beschluß des Reichsrats zurückging. Reichsminister Stresemann hatte über die Besprechungen mit den Deutschnationalen Bericht erstattet. Der Kanzler hatte ihn ausdrücklich gebeten, diese Besprechungen fortzusetzen. Daß die Kanzlerklärung der Offenheit nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, im Reichstag selbst, sondern durch die Presse veröffentlicht wurde, hat seinen Grund in Bedenken, die sich aus den vorhergehenden Darstellungen der Kommunisten und der Nationalsozialisten ergaben. In der ganzen Frage hat es nicht eine Differenz im Kabinett gegeben. (!) Der Außenminister war der Ansicht, daß der psychologisch günstigste Zeitpunkt zur Notifizierung gleich im Anschluß an die Unterzeichnung des Londoner Protokolls gewesen sei.

Aus technischen Gründen

Ist dies aber nicht möglich gewesen, weil unseren diplomatischen Vertretern erst ausführliche Instruktionen übermittelt werden mußten für die Erörterungen, die sich aus der Notifizierung mit den auswärtigen Mächten ergeben würden. (!)

Es dürfte zutreffen, daß der Reichskanzler den ersten Ministern Englands und Frankreichs die Notifizierung in einem Privatbrief



lediglich Befehle ihrer Borgefekten ausgeführt hätten. In der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß in der Tat bei dem Grenzschutzverbänden ungläubliche Zustände herrschten und Plünderungen an der Tagesordnung waren.

Das nach zweitägiger Verhandlung gefällte Urteil lautete für Kriese wegen Verbrechen des schweren Raubes auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr, für Forster auf ein Jahr fünf Monate, für Krause auf ein Jahr drei Monate, für sieben weitere Angeklagte auf je ein Jahr, einer erhielt fünf Monate, ein weiterer vier Monate und zwei andere je einen Monat Gefängnis. Nur einer der Angeklagten wurde freigesprochen. Sämtlichen Berurteilten wurde eine Bewährungsfrist verfügt.

### Drei OC-Mitglieder in Ungarn verhaftet.

Budapest, 12. September. (WZ.) Wie die Blätter melden, hat die Polizei drei Mitglieder der Organisation Consul, Abel Werner, Arnold Baris und Karl Thürmann, die vor einigen Tagen von München nach Budapest gekommen waren, um hier Fühlung zu suchen, in Haft genommen. Die Untersuchung ist im Gange.

Nach einer weiteren Meldung wurde auch der aus München gebürtige 29jährige Otto Braun verhaftet, der von den deutschen Behörden wegen zweifachen Mordes verfolgt wird.

### Um die Infanterieschule.

#### Bayern will nicht verzichten.

München, 12. Septbr. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Regierung macht neuerdings wieder erhebliche Anstrengungen, um die Infanterieschule der Reichswehr, die bekanntlich wegen ihrer Teilnahme am Hitler-Putsch von München entfernt und provisorisch im Lager Dürren untergebracht worden ist, wieder nach München zu bekommen. Danach ist der im Mai gefasste Beschluß des Reichswehrministeriums, die Schule nach Dresden zu verlegen, offenbar nicht als endgültig anzusehen, zumal verlautet, daß das Reichswehrministerium die zur Ausführung ihres Beschlusses notwendigen Vorarbeiten noch gar nicht in Angriff genommen hat. Die Schule bleibt zunächst weiterhin im Dürren, dagegen kommt die Reitschule und das Stammpersonal in absehbarer Zeit bestimmt wieder nach München.

### Sür sofortige Revision der bayerischen Volksgerichtsurteile!

Heidelberg, 12. September. (Z. U.) Auf dem hier tagenden 23. Deutschen Juristentag hat die strafrechtliche Gruppe des Deutschen Anwaltsvereins folgende Entschlieung gefasst: Die sofortige Einführung im Wiederaufnahmeverfahren gegen die Urteile der bayerischen Volksgerichte ist — vorbehaltlich einer durchgreifenden Reform dieser Materie überhaupt — dringendste Notwendigkeit. Das Fehlen eines solchen Verfahrens ist eine unerträgliche Verletzung elementarster Grundfragen rechtsstaatlichen Denkens. Es muß in Zukunft Sicherheit dafür gegeben sein, daß in Deutschland kein Gericht, welches Akt es auch sei, vorhanden ist, gegen dessen Urteile die Wiederaufnahme ausgeschlossen ist.

Mitglied Putsch in Lissabon. Gestern morgen versuchten radikale Elemente eine Revolution anzuzetteln, die jedoch am Mittag bereits von der Regierung unterdrückt war. Die Revolutionäre hatten versucht, das Kriegsministerium und das Haupttelegraphenamt zu besetzen, konnten aber daran gehindert werden.

Spanische Diktatoren-Würde. Das Direktorium hat den früheren Minister im Kabinett Moura, Gallardo, verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Er wird der Mißbräuche zur Verfügung gestellt werden, weil er Gerüchte verbreitet haben soll, welche die militärische Disziplin beeinträchtigen könnten. Nach den Blättern hat der Minister einen Brief (?) an Moura geschrieben, in welchem er von unmoralischen Handlungen, die der Präsident des Direktoriums Primo de Rivera begangen haben soll, sprach. Dieser Brief sei der Polizei in die Hände gefallen.

der fünfte in der Reihe der Familie und Schubert das vorletzte in einer Familie von 14 Kindern.

Wie bei den meisten medizinischen Statistiken scheint auch in diesem Falle die soziale Lage nicht berücksichtigt zu sein. An sich haben die mütterlichen Schichten schon größeren Kinderreichtum und sind dann infolge ihrer schlechteren Lage bei der Kindererziehung doppelt benachteiligt. Bei genügender Berücksichtigung des sozialen Faktors würde sich voraussichtlich ergeben, daß zahlreiche Kinder noch keine Klassenverschlechterung bei günstigen Einkommensverhältnissen bedeuten müssen.

Wann kann der Jeppellin nach Amerika fliegen? Die wiederholte Verhinderung der weiteren Probefahrten des Amerika-Luftschiffs und die Rettung, daß die Ueberfahrt nach den Vereinigten Staaten nicht vor Mitte Oktober erfolgen werde, weisen auf die Schwierigkeiten hin, die der Bewegungsmöglichkeit des mächtigen Luftschiffs durch die Witterungsverhältnisse der beginnenden Herbstmonate entgegen stehen. Diese zeigen sich, wie man weiß, durch die wieder zunehmende Unruhe im Luftmeer der gemäßigten Zone als nicht eben vorteilhaft für die Luftschiffahrt aus, und die längsten heftigen Stürme in Mitteleuropa zeigen, daß diese Verände der sogenannten Äquatorialströmung schon begonnen hat. Während in den Sommermonaten infolge der gleichmäßigen Erwärmung die Luftdruckunterschiede und damit auch deren Folgen, die Winde, im allgemeinen gering sind, erzeugt die jetzt erfolgende Abkühlung an der Grenze der Polarzone im Verein mit der noch unerminderten Hitze am Rand des Tropengürtels starke Luftwirbel, die mit oft sehr heftigen Stürmen einhergehen. Die Sturmwirbel bilden sich gewöhnlich auf dem mittleren oder nördlichen Atlantischen Ozean, wo sich die warme Südströmung und die kalte Nordströmung begegnen und die von der amerikanischen Ostküste und aus dem Golf von Florida ausgehenden barometrischen Minima dann ungemein vertiefen. Doch folgen den atlantischen Sturmwirbeln gewöhnlich Gebiete von hohem Luftdruck nach; diese sind aber nur selten über den ganzen Atlantik zwischen Europa und Amerika ausgedehnt, und gewöhnlich folgen ihnen mit sehr großer Geschwindigkeit von Westen oder Südwesten neue Sturmwirbel nach.

So ist auch gegenwärtig die Wetterlage auf dem Atlantischen Ozean, nachdem bis Ende August die ganze subtropische Breite des Atlantik von tieferen Wirbeln, die einem Luftschiff von der Westküste der Jeppellin hätten gefährlich werden können, frei gewesen ist. Während des ganzen Hochsommers hatte nämlich das sogenannte Maximum der Hochbreiten eine ununterbrochene und sichere Hochdruckbrücke über den Atlantik gebildet, und in diesem Hoch hätte der Amerika-Jeppellin bei schönstem Wetter und völlig ungefährt keine überseeische Fahrt zurücklegen können. Jetzt ist diese günstigste Zeit für den Ueberflug vorbei, und es ist sehr fraglich, ob in diesem Herbst die Luftdruckverhältnisse den Flug nach Amerika überhaupt noch einmal gestatten werden.

Die Große Vulkanoer gibt als nächste Reinsublimierung „Wach“ von Melon. Sie geht am 17. September unter maßstablicher Leitung von sich. Die in Gama. Anfang Oktober folgt eine gleichfalls vollkommen neu inszenierte Erleuchtung von Royals „Don Giovanni“, die Leo Blech vornimmt.

Im Sonntagkonzert des Philharmonischen Orchesters (Dirigent Prof. H. Gabel) werden als Solisten: Konzertmeister Holz (Violone) und Gregor Winkler (Cello) mit.

### Deutschlands Sitz im Rat gesichert.

Ein englischer Zweitantrag auf Vermehrung der Ratssitze.

Genf, 12. September. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Delegation hat vorgeschlagen, die Zahl der Sitze im Völkerbund auf fünfzehn zu erhöhen. Die Annahme dieses Vorschlages erscheint gesichert. Die fünf neuen Sitze sind für Deutschland, Rußland, Südamerika, China und Nordamerika reserviert. Durch dieses System wird nicht mehr Stimmengleichheit, sondern Stimmenmehrheit entscheiden.

Während die ganze Welt sich bemüht, Deutschland den Eintritt in den Völkerbund zu erleichtern, verhindert Herr Stresemann mit vollem Bewußtsein, lediglich um den Bürgerblock zu ermöglichen, diesen Eintritt, indem er der Entente den Widerruf des Artikels 231 aufzwingen will!

### Owen Young über die Ruhräumung.

Der amerikanische Agent für die Reparationszahlungen, Owen Young, erklärte gestern abend, wie die Telegraphen-Union erfährt, amerikanischen Berichterstattern folgendes:

Während der letzten vier Monate habe ich in Europa und besonders auch in Deutschland einen großen Wechsel vernommen. Ich glaube, daß der Optimismus wiederhergestellt ist. Sicherlich ist das Vertrauen in die deutschen Wirtschaftskreise wiederhergestellt. Gewiß marret Deutschland noch auf den Erfolg der Anleihe; aber die Deutschen fühlen schon, daß sie wieder Boden unter den Füßen gewonnen haben.

Es wird mir mitgeteilt, daß die französisch-belgische Truppen jetzt genau die Hälfte der besetzten Ruhrzone geräumt hätten. Das ist sicherlich eine gute Nachricht für Deutschland und wird zweifellos seine Wirkung nicht verfehlen. Man kann mit Gewißheit annehmen, daß die französisch-belgische Ruhräumung, die schneller vorantreibt als ursprünglich angenommen wurde, die beste Wirkung auf die Unterbringung der Anleihe haben wird. (Owen Young fährt heute nach Paris. Red.)

## Ein amtliches Wirtschaftsprogramm.

### Preisabbaumaßnahmen der Reichsregierung.

Die Reichsregierung veröffentlicht jetzt durch WZ eine zusammenfassende Darstellung der von ihr beabsichtigten Maßnahmen, die einen Preisabbau herbeiführen sollen. Das Kommuniqué hat folgenden Wortlaut:

Nach Annahme der Gelehrtenwürde im Anschluß an das Londoner Abkommen ist die Sorge der Reichsregierung darauf gerichtet, die Lasten, auf deren Ausbringung des deutsche Volk sich einrichten muß, möglichst tragbar zu machen. Daher kommt es in erster Linie darauf an, alle Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Wirtschaft zu schaffen. Derartige Maßnahmen schließen sich auch an die bereits erfolgte Aufhebung der Zwischenzölle an. Die Wirtschaft kann nur dann wieder aufleben, wenn es gelingt, die aus der Inflationszeit stammenden Belastungen des Wirtschaftslebens so weit als möglich zu beseitigen, insbesondere das noch immer teilweise über dem Friedensstand liegende Preisniveau zu senken. Die Reichsregierung trifft zu diesem Zweck eine Reihe von wirtschaftlichen und steuerlichen Maßnahmen, die gemeinschaftlich dazu bestimmt sind, die Hemmnisse einer gesunden Entwicklung zu beseitigen und daher keinen Aufschub vertragen. Im einzelnen wird folgendes beantragt:

#### Herabsetzung der Gütertarife und Kohlenpreise.

1. Vom 18. September ab werden die derzeitigen Frachttarife der Normalklassen des Gütertarifs, die Sätze des Tiertarifs und die Frachttarife des allgemeinen Kohlenausnahmetarifs um 10 Proz. ermäßigt, letztere jedoch nicht unter die Vorkriegssätze. Ferner wird der Gewichtszuschlag für die Beförderung in gedeckten Wagen von 10 Proz. auf 5 Proz. herabgesetzt. Wegen der übrigen Ausnahmetarife erfolgt besondere Bekanntmachung.

Die Herabsetzung der Gütertarife ist seit längerer Zeit von allen Seiten als notwendig anerkannt. Sie wird im Augenblick tragbar, in dem die bevorstehende Wiedervereinigung der Rhein- und Ruhrreisbahnen mit der Reichsbahn es ermöglicht, den Eisenbahnbetrieb wirtschaftlicher zu gestalten.

2. Zur Erleichterung der Beiderseitigen Verbindung wird der Reichspostminister dem noch in diesem Monat zusammentretenden Verwaltungsrat der Reichspost eine Vorlage zur Ermäßigung der Postaufschlagung- und Postgebühren unterbreiten.

3. Bei den Kohlenpreisen tritt folgende Ermäßigung ein: Ab 18. September für die schlesischen Steinkohlenreviere (Oberschlesien, Niederschlesien) eine Ermäßigung, die gegenüber den vom Reichskohlenverband veröffentlichten Preisen etwa 10 Proz. beträgt.

Für das Ruhrrevier wird, sobald die Frage der Syndikats-erneuerung Mitte dieses Monats geklärt ist, über eine alsbald einzutretende Preisermäßigung Beschluß gefaßt werden, die voraussichtlich mindestens 10 Proz. betragen wird.

Die Braunkohlenpreise haben ihre Preise vor kurzem bereits in entsprechendem Umfang ermäßigt, so daß für sie eine Preisänderung nicht in Frage kommt.

#### Die Neugestaltung des Kreditwesens.

4. Auf dem Gebiet des Bankwesens: a) die Reichsbank hat folgende Maßnahmen getroffen: Das seit dem 7. April bestehende Diskontierungs-Gesamtkontingent wird für Zwecke der Produktionssteigerung zunächst um 10 Proz. erhöht. Für reine Warenwechsel wird die zulässige Laufzeit von Wechseln bei der Reichsbank wieder auf drei Monate ausgedehnt.

Die Reichsbank wird fortan wieder Bankaktive diskontieren, vorbehaltlich der Prüfung von Fall zu Fall und vorbehaltlich einer Vereinbarung über die von den Banken zu berechnende Abzinsprovision.

b) Auf die Bankvereinigungen wird eingewirkt werden, daß sie normale Kreditprovisionen einhalten, ebenso auf die staatlichen und kommunalen Geldorganisationen hinsichtlich der Zinsbegrenzung für herangezogene Gelder und Spareinlagen. Auch wird auf Beseitigung der aus der Zeit der Zwangswirtschaft stammenden Produktionen in den Banken Bedacht genommen. So sollen die zahlreicheren Devisenvorschriften bis auf einen ganz geringen Teil, dessen Weiterbestehen notwendig ist, in Kürze fortfallen.

#### Ermäßigung der Umsatzsteuer.

5. Zu den Steuern, die durch die Höhe des Satzes des Wiederaufbaus der Wirtschaft in erster Linie belasten, gehören die Umsatzsteuer und diejenigen Teile der Kapitalverkehrs-

### Ein Faschistenführer erschossen.

Durch Revolvererschüsse eines Kommunisten.

Rom, 12. September. (Eca.) Der Arbeiter Corvi gab heute morgen mehrere Revolvererschüsse ab auf den faschistischen Abgeordneten Casalini, dem stellvertretenden Generalsekretär der faschistischen Vereinigungen. Casalini wurde durch zwei Verwundungen am Kopfe schwer verletzt und starb kurze Zeit darauf im Krankenhaus. Der Attentäter wurde verhaftet. Er erklärte, er sei Kommunist und habe sich an Casalini, dessen Photographie er in der Tasche trug, rächen wollen.

Rom, 12. September. (Eca.) Der faschistische Abgeordnete Casalini ist den bei einem auf ihn verübten Mordanschlag erlittenen Verletzungen erlegen. Das Attentat ist auf einem Straßenbahnwagen verübt worden, auf dem sich der Abgeordnete mit seiner Tochter befand. Es näherte sich ihm ein junger Mann und gab, ohne ein Wort zu sagen, aus nächster Nähe zwei Schüsse auf ihn ab, die die Schläfe und das Gesicht trafen. Der Abgeordnete brach zusammen, er wurde sofort in ein Spital übergeführt, wo die Ärzte nur noch den unmittelbar bevorstehenden Tod feststellen konnten. Der Tod trat dann auch bereits um 11,38 Uhr ein. Der Mörder versuchte in der allgemeinen Panik zu entkommen. Er wurde aber sofort verfolgt und festgenommen. Er gab sich als der ledige Zimmermann Giovanni Corvi, geboren 1893 in Teglio und wohnhaft im römischen Stadtviertel Monte Mario, zu erkennen. Er erklärte, die Tat zur Rächung des Abgeordneten Matteotti begangen zu haben.

#### Zusammenstöße in Rom.

Rom, 12. September. (Eca.) In den letzten Tagen kam es in Rom, besonders in den Außenbezirken, zu häufigen Zusammenstößen zwischen den Faschisten und der Bevölkerung. Am die Mittagsstunde bildete sich bei der Porta Metrona ein Zug von Frauen aus dem Volke, die mit ihren Kindern auf dem Arm in die Stadt zogen, um gegen die Gewalttaten zu protestieren, denen vor allem die Arbeiterschaft ausgesetzt ist. Durch einen Polizeikommando wurden die Demonstrierenden vom Ministerpräsidenten am Viminale weggetrieben. Die Behörden erklären, daß die Regierung gefonnen sei, jede Gewalttat zu verhindern.

steuern, die mit der Kapitalbeschaffung für die Wirtschaft im Zusammenhang stehen. Durch Verzögerung der Verabschiedung des Entwurfs eines Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuer ist die in diesem Entwurf enthaltene Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2½ Proz. auf 2 Proz. herausgeschoben worden. Alle Wirtschaftskreise sind der Auffassung, daß die Umsatzsteuer mit dem aus der größten Notzeit stammenden und seinerzeit durch die zweite Steuerreform eingeführten Satze von 2½ Proz. das Wieder-aufleben der Wirtschaft und die Verbilligung des Konsums ernstlich beeinträchtigt. Bei Ausrechterhaltung des gegenwärtigen Satzes ist die Gefahr weiterer Betriebseinschränkungen und damit von Arbeiterentlassungen gegeben. Deshalb wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 ab der Satz der Umsatzsteuer von 2½ Proz. auf 2 Proz. herabgesetzt werden.

Durch diese Vorwegnahme der Herabsetzung der Umsatzsteuer wird der weiteren Verhandlung der dem Reichstage vorliegenden Zollvorlage nach ihrem gesamten Inhalte nicht vor-gegriffen. Damit bleibt auch die endgültige Befestigung der Umsatzsteuer, über die die Vorlage neben der Frage der Höhe der Steuer eine Reihe von Veränderungen vorsieht, Gegenstand der Beratungen im Reichstag.

Von ähnlicher Bedeutung, wie die Herabsetzung der Umsatzsteuer, ist die Frage einer Minderung der die Kapitalbeschaffung belastenden Steuern auf ein für eine stabile Wirtschaft tragbares Maß. Die durch den Uebergang auf die Goldrechnung und zur Reinzuführung von Kapital erforderlichen Umwandlungen können nur dann vorgenommen werden, wenn die Satze auf dem Gebiete der Gesellschaftsteuer und der Wertpapiersteuer gesenkt werden. Auch insoweit werden die Entungen zum 1. Oktober 1924 eintreten. Die steuerlichen Maßnahmen erfolgen angesichts der Dringlichkeit durch Verordnung des Reichspräsidenten.

Die Reichsregierung erwartet, daß die gesamte private Wirtschaft ihr auf dem Wege zur Senkung des Preisniveaus folgt und ebenso die öffentliche Wirtschaft, besonders die Gemeinden mit ihren Werttarifen.

#### Dazu ist zu bemerken:

Es soll nicht verkant werden, daß die von der Regierung angeordneten Maßnahmen im ganzen auf der Linie eines Preisabbaues liegen, daß insbesondere die Herabsetzung der Tarife und der Kohlenpreise ebenso wie die Erweiterung der Kredite geeignet sind, die Wirtschaft zu befruchten. Das ganze Programm, wie es hier entworfen ist, ist jedoch unzulänglich, solange das Reich zur Durchführung seiner Absichten die ihm zur Verfügung stehenden geldgeberischen Mittel nicht gebraucht. Das gilt insbesondere für den Zinswucher der Banken, gegen den im Kartellgesetz die Möglichkeit wirksamer Abwehr gegeben ist, ohne daß man von irgendwelchen Schritten etwas gehört hätte. Auf der anderen Seite ist das Programm der Reichsregierung unzulänglich insofern, als es eine wesentliche Ursache der Teuerung bestehen läßt, nämlich die Zollvorlage. Die Getreidepreise sind in letzter Zeit trotz der Aufhebung der Getreideausfuhrverbotnisse weiter gestiegen. Die Lebenshaltung der breiten Massen ist von dieser Seite her auf das empfindlichste bedroht. Man kann nicht auf der einen Seite den Preisabbau betreiben und auf der anderen die Lebenshaltungskosten wieder steigen lassen. Das zwingt zu neuen, durchaus berechtigten Lohnforderungen, auf die die Arbeiterschaft gern verzichten würde, wenn die Steigerung des Reallohnes durch einen wirklichen Abbau der Preise auf der ganzen Linie herbeigeführt werden würde. Es geht jedenfalls nicht, daß in dieser Angelegenheit der Wirtschaftsminister bei der Landbundminister halt sagt. Der Preisabbau könnte noch mehr gefördert werden, wenn man sich endlich dazu entschloße, die Umsatzsteuer noch mehr abzubauen, die jetzt den Verbrauch stark verteuert. Auch ein Satz von 2 Proz. ist noch viel zu hoch.

Immerhin mag erneut festgestellt werden, daß auch dieses Wirtschaftsprogramm nicht möglich gewesen wäre, wenn die Befestigung des Ruhrgebietes noch länger fortgesetzt werden würde. Soweit ein Preisabbau durch das Vorgehen der Reichsregierung begünstigt werden kann, geschieht es also trotz der deutschösterreichischen, kommunistischen und jener Deutschnationalen, die den Londoner Vertrag abgelehnt haben.



angekündigt hat, der als solcher nach einer früheren Mitteilung des Reichsanwalters keinen Einzelfall darstellt. (Wurde zunächst offiziell abgelehnt! Red. d. B.) Es muß aber eigenartig berühren, daß das amtliche französische Bureau beinahe schon 24 Stunden, nachdem der Brief in den Händen des französischen Ministerpräsidenten sein konnte, die Vertraulichkeit des Briefes brach, und hieraus ist die große Bewegung entsetzt worden, die dann von innen und außen gegen die Notifizierung des Widerrufs eingeleitet wurde. In maßgebenden Kreisen der Reichsregierung dürfte man der Auffassung sein, daß der Anknüpfung auch die Tat folgen muß, wenn eine Regierung nicht auf ihre Autorität verzichten will. Der Widerruf der erpreßten Kriegsschuldfrage dürfte auch die Grundlage für den deutschen Beitritt zum Völkerbund sein. (Widerruf durch wen? Der deutsche Widerruf ist schon 1919 durch Scheidemann und Bauer erfolgt, den der anderen abwarten heißt den Eintritt in den Völkerbund ins unendliche verlagern. Red. d. B.) Ehe diese Frage nicht geklärt ist, ist die Annahme Deutschlands unmöglich. Wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, als ob bereits Einladungen an Deutschland erfolgt seien, so muß demgegenüber betont werden, daß noch keinerlei Einladung vorliegt. Wenn die Alliierten Wert darauf legen, den „leeren Stuhl Deutschlands“ besetzt zu sehen, so hätten sie durch ihre Vorkämpfer und Gesandten das Deutschland längst wissen lassen können. Auf eine deutsche Anfrage ist sogar eine ablehnende Antwort erfolgt. Auch während des vierzehntägigen Aufenthalts der deutschen Delegation in London ist von der Gegenseite nicht einmal Gelegenheit genommen worden, ein Wort über den Beitritt Deutschlands zu sagen. Die Führer der deutschen Delegation sind auch einmal drei Stunden bei Lord Parmoor zum Frühstück gewesen, ohne daß auch der englische Vorkämpfer des Völkerbundes nur eine Andeutung gemacht hätte. Die Frage des Beitritts Deutschlands ist vom deutschen Standpunkt aus eine Frage der Zweckmäßigkeit, aber sie ist nur möglich unter Verhältnissen, die die Gleichberechtigung garantieren. Es ist auf die Satzungen verwiesen worden. Diese Satzungen aber sind von den Siegern geschaffen worden in einer Zeit, in der sie nur die Absicht hatten, Deutschland auszuschließen.

#### Wenn man jetzt den Eintritt Deutschlands wünscht.

So ist eine neue Situation entstanden, aus der auch die Gegenseite die Konsequenzen zu ziehen hätte. Weder aber konnte auch von dem hervorragendsten Sozialisten im deutschen auswärtigen Dienst nur der Standpunkt vertreten werden, daß der gegenwärtige Augenblick für die Annahme Deutschlands nicht geeignet sei. In den Kreisen der Reichsregierung ist man übrigens der Ansicht, daß Graf Kehler seine Rolle in Genf nicht als offizieller Beobachter, sondern in einer offiziellen Mission korrekt gespielt habe. Der Name des Grafen Kehler ist einer auswärtigen Macht auf Wunsch für irgendwelche notwendige oder mögliche Vermittlungsaufgaben genannt worden. (Siehe dazu die Kehler betreffende Ablehnung des Auswärtigen Amtes vor wenigen Tagen. Red. d. B.)

Da der Urlaub des Reichsanwalters und des Außenministers vor dem Abschluß steht, ist zu erwarten, daß das Kabinett sich bereits Anfang der nächsten Woche mit diesen Fragen entscheidend beschäftigen wird und man hegt deshalb in den Kreisen der Reichsregierung nur den Wunsch, daß diese für Deutschland so außerordentlich wichtige außenpolitische Frage in der Öffentlichkeit unter dem Gesichtspunkt der Außenpolitik und nicht unter dem innerpolitischen Kombinationen behandelt werden möchte. (Ja, wenn das wirklich geschehen wäre! Red.)

Wir haben unsere Bedenken gegen diese eigenartige Erklärung schon in einem Einleitungsartikel in ihren Text zum Ausdruck gebracht. Manches wird noch nachzutragen sein. Aber wenn sich diese eigenartige Erklärung darauf beruht, daß der „hervorragendste Sozialist in diplomatischen Diensten“ in der Völkerbundfrage mit dem Urheber der eigenartigen Erklärung einer Meinung sei, so muß dazu noch bemerkt werden, daß allerdings ein Sozialdemokrat im diplomatischen Dienst früher vom Eintritt in den Völkerbund abriet, jetzt aber zu ihm rät!

Das dürfte zunächst genügen.

## Zwei Meisterfinger.

Schaljapin und Wüllner.

Der Zufall will es, daß sie Tür an Tür zur gleichen Stunde singen: Theodor Schaljapin und Ludwig Wüllner. Der große Ruf ist eine Sensation der Welt. Wenn er, ein Riese an Wuchs, auf das Podium tritt, so weiß man: dies da ist der große, einzige, weltmännische Rattenfänger, der den Befehlen der Sowjetmachttröge, den Liebe und Andeutung fast auf Jarenthon gehoben hätte. Eine schlenkernde Grandezza, eine Ueberlegenheit der Haltung, ein weiches oder brutales Geflüster mit den überaus schönen Händen — auch die Männer müssen ihm in Verehrung zuschauen. Das ist einmalig, wie die Mimik des großen Künstlers. Aus Stimmung heraus musiziert er so frei, als gäbe es eine Probe. Er dirigiert die Vorspiele des unglücklichen Begleiters, feuert ihn an, beschwichtigt das auffällige Klavier, schimpft auch einmal und dreht sich fast um die ganze Achse. Ein jeder soll sein wunderbares geschnittenes Gesicht sehen: hier sehe ich, Schaljapin. Und jedes Lied, jede Arie wird zu einer geschlossenen Nummer, jeder Ton wird Geist, jedes kleine lyrische Ereignis macht sich in den Zügen des Singenden. Ein Lied von Rubinstein, eins von Schubert; nein, das sind keine Lieder mehr. Ganz undeutsch, ganz ohne Sentimentalität, ohne das weiche, beschauliche, ebennmäßige Abrollen eines Melodienadens. Im russischen Lied des Zuchthauslers scheint die Enge und Kahlheit des Raums wie der Stimme mitzuklingen. Schaljapin ist kein Jüngling mehr, und das Riesenhafte, Ungeheuerliche, Beschworische des Basses umflutet uns nicht mehr. Der Ton muß viel von Schmelz und Kantilenenangst umfassen in Pointen. Nicht diese Stimme, sondern ihre Unterordnung unter die Darstellungsweise überwältigt uns. Wer ihn hört, ist kaum bestört; wer ihn gleichzeitig sieht, für den erblüht das große Wunder eines mitteilenden, einfühlsamen Menschen. Ein Schauspieler des Konzertpodiums. Wehe, wenn einer diese wunderbare Wüllner imitierte! In Trinkliedern wirkt die tolle, ungestüme Lustigkeit des Mannes ansehend. Russische Wubentöpfe machen den Rhythmus mit, und unser Atem geht schneller. Die Repertoireliste endlich und das Wephistolied sind geniale Höchstleistungen. Nicht nur jeder Ton, — jede Pause lebt, klingt, ist erfüllt von Theaterstimmung. Großer, liebenswerter Schaljapin, lehre uns wieder zurück und zeige dich auf der Bühne, als Boris, als Figaro, als Wephisto. Wir kennen jetzt deine Begrenzung, zeig dich uns in deiner grenzenlos großen Theaterkunst.

Von all dem, was Schaljapin auszeichnet, hat Wüllner auf dem Podium nichts. Die Stimme gegen die des Russen ein Hauch, die Mimik primitiv, der Atem kurz. Dennoch: über die Schwächen des Materials hilft die künstlerische Durchdringung des Stoffes hinweg. Wünderliche Weislieder von Brahms höre ich mit einer Weichheit des Ausdrucks singen, die zu Tränen rührt. So spricht, so singt ein

## Das Ziel der Aktion.

Die Deutschnationalen und die Kriegsschuldfrage.

Die „Pommersche Tagespost“ vom Freitag zeigt, was das Ziel der von den Deutschnationalen geforderten Kriegsschuldaktion sein soll. Diese Aktion, so erzählt sie ihren deutschnationalen Lesern, werde die Universalmedizin sein, die Deutschland heilen, der Schlüssel, der seine Ketten sprengen werde:

„Frei soll uns dieser Widerruf machen, die Ketten sprengen, die unser Volk zu zermalnen drohen und unserm Vaterland die primitivsten Völkerrrechte wieder bringen. Dazu gehört vor allem die Wiedervereinigung des deutschen Volkes. Wer es nicht wagt, an dem Versäler Büngebäude zu rütteln, der verrät unsere Westpreußen, die Oberschlesier, Schleswig-Holsteiner, die Saarländer und nicht zuletzt das deutsche Elsaß. Was uns an deutschem Land und Volk geraubt wurde, muß uns wieder gegeben werden. Nicht zu vergessen die deutschen Kolonialländer, die unter der Mandatswirtschaft alljährig Verfall entgegenstehen, während sie Deutschland bitter-rot tun! Auch sie wurden uns ja nur durch Lüge und Heuchelei entrißen.“

Der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage und der Widerruf soll also die Zerreißen des Versäler Vertrages bedeuten, den Widerruf der Unterschrift und der deutschen Verpflichtungen. Zugleich die Sprengung der Ketten. Da man durch Erklärungen keine Ketten sprengt, erscheint der Revanchekrieg im Hintergrund. Das soll also der „Sinn“ der Kriegsschuldaktion sein.

Die Nationalisten des Auslandes werden diese deutschnationalen Gedankengänge benutzen, um ihre auf die Wiederherstellung und dauernde Bedrückung Deutschlands abzielende Politik neu zu beleben. Herr Poincaré wird das ihm darbrachte Gottesgeschenk ausnutzen.

In Wahrheit sind die Phrasen der „Pommerschen Tagespost“ nur der demagogische Rebel, mit dem die Deutschnationalen ihre Aktion umgeben, um sie in großen Dimensionen erscheinen zu lassen. Es handelt sich bei ihnen nicht um die fettersprengende Befreiung Deutschlands, sondern um die Befreiung ihrer Partei aus der würgenden Verstrickung, in die sie sich durch den fünfzigprozentigen Umfall vom 29. August gebracht hat. Die deutschnationale Aktion in der Kriegsschuldfrage ist ein demagogisches Ablenkungsmanöver, phrasenhafter Vörm, um über die Auswirkung der ungeheuren Blamage hinwegzukommen. Ein Manöver, das um so schädlicher ist, weil eine ernste wahrhaft nationale Sache damit kaum teilpolitischen Spekulationsobjekt gemacht und diskreditiert wird.

Es ergibt sich also folgendes Bild: die Deutschnationalen leiten eine Aktion in der Frage der Kriegsschuld ein, die innerpolitischen Motiven entspringt und innerpolitische Ziele verfolgt. Um die innerpolitische Motivierung zu verdecken, setzen sie ihre außenpolitischen Ziele, an die sie selbst nicht glauben. Diese Zielsetzung aber gefährdet die Entwicklung zur Befreiung Deutschlands und liefert den gefährlichsten Gegnern der Verständigung Material gegen Deutschland. Mitglieder der Regierung aber machen dies Spiel mit.

Das Ganze: Bürgerbiodpolitik.

## Die Räumung in vollem Gange!

Bohum, 12. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Abmarsch der Truppen der Ruhr ist in vollem Gange. Seit Freitag ist der Landkreis Bohum von französischen Truppen befreit. Auch der Landkreis Selsingen ist heute geräumt worden. Die beschlagnahmten Wohnungen, Schulen wurden endgültig freigegeben. Abtransporte von Besatzungstruppen werden ebenfalls aus den umkreisten Recklinghausen sowie aus Gladbeck, Doerfen und Buer gemeldet. Nach Beendigung der Truppenbewegungen dürfte lediglich noch in den größeren Städten Militär liegen.

Die Liquidation der Regie steht ebenfalls unmittelbar bevor. Die baldige Räumung der von dem Regiepersonal und den Familien der Regiebeamten benutzten Wohnungen ist bereits vorbereitet. Die Reichseisenbahn hat deshalb ebenfalls Vorbereitungen für die Übernahme der Regiebahnhöfe und -strecken getroffen. Sämtliche im Urlaub befindlichen Reichseisenbahnbeamten im besetzten Ge-

Weiser zu den Kindern. Wir sind nicht gespannt, wir hören nur. Auch wenn wir die Augen schließen, wissen wir, daß hier ein großes Gefühl gelöst wird, gelöst aus den Tönen und Klängen. Hier ist deutsche Lyrik auf sonnen Fittichen in unser Herz getragen. Der Schauspieler vergißt sich und ist vergessen. Der große, gütige Mensch bleibt. Und in diesen Minuten ist aus Hörern eine Gemeinde von Frommen geworden. Der Genius des deutschen Liedes geistert durch den Saal.

Kurt Singer,

## Dantes Hölle in Afrika.

Noch immer hat es der menschliche Fortschritt nicht vermocht, auch die letzten Schandflecke auszutüpfen, die sich als Ueberreste einer grausamen Denkweise vergangener Jahrhunderte bis in unsere Tage haben erhalten können. Die Strahlungskolonie von Capenne, die Teufelsinsel, auf der die zu Zwangsarbeit verurteilten französischen Gefangenen mit einem Leben unangenehmer Weis für ihre Verbredchen büßen müssen, ist seit der Dreyfus-Affäre in der ganzen Welt bekannt und berüchtigt. Zu den Kämpfern gegen diese Schmach gehört auch ein Franzose, Albert Londres, der diese Gefängnisse aus eigener Anschauung kennt. Im vergangenen Jahre hat Londres die Ergebnisse seiner Studien in den Gefängnissen von Capenne veröffentlicht und damit dem trüben Gewissen der französischen Öffentlichkeit einen starken Anstoß gegeben. Es wurde eine parlamentarische Kommission eingesetzt, mit der Aufgabe, eine Reform des Strafvollzuges in dieser Kolonie vorzubereiten. Damit war es Londres noch nicht genug; er erbat und erhielt vom Kriegsminister die Erlaubnis, auch die militärischen Strafkolonien in Afrika zu besuchen und ihre Organisation zu studieren. Von einem kurzen Aufenthalt in Biribi konnte er geradezu Schredliches berichten. Londres glaubt sich in einen der Höllenkreise verlegt, von denen Dante in seiner Göttlichen Komödie berichtet. Seine Mitteilungen sind in Wahrheit schauererregend. Er hat ein Buch erscheinen lassen, dessen Schilderung aufs Heftigste ergreift, und das in jeder Zeile Empörung ausströmt. Man liest nicht ohne Entzückung, daß die aufsichtführenden Unteroffiziere die ihrer Obhut anvertrauten Gefangenen in einer Weise quälten, daß diesen der Tod eine Erlösung von täglicher Qual und unbeschreiblicher Marter scheint. Was die unglücklichen Deutschen, die aus Abnungslosigkeit oder jugendlichem Beifall in die Reihen der Fremdenlegion eingetreten sind, von der Disziplin dieser Truppe in ihren Bädern erzählt haben, ist von den amtlichen französischen Stellen immer wieder bestritten worden. Das Buch von Albert Londres läßt keinen Zweifel mehr zu, daß jene Fremdenlegionäre die reine Wahrheit gesagt haben. Kranke Menschen, vom Fieber geschüttelt, werden ohne Wasser und Nahrung auf Tage, manchmal sogar auf Wochen, in Zellen gesperrt, die dem erbarmungslosen Sonnenbrand ausgesetzt sind. Man schließt die Unglücklichen in Eisen, in die sogenannten „Crapaudine“ und bestreicht ihr Gesicht mit Zucker, um die Wunden anzulocken. Der langsame Mord bildet das tägliche Vergnügen der entmenschten Wärter.

Londres fordert in seinem Buch vor allem, daß man sämtliche Unteroffiziere der Strafkolonie aus den Reihen des Heeres aus-

blät werden zurückberufen. Die Beurlaubungen der Reichseisenbahnbeamten sind gespart. Weiterhin hat die Reichseisenbahn die erforderlichen Beträge zur Beschaffung fehlenden Materials zur Verfügung gestellt, um im gegebenen Augenblick den Verkehr hemmungslos zu bewältigen. Bei einer in Essen stattgefundenen Besprechung zwischen Vertretern der Reichseisenbahn und der Regie wurde die Übergabe der Regie-Eisenbahnkassette an die Reichseisenbahn für den 3. Oktober in Aussicht gestellt.

Karlsruhe, 12. September. (M.B.) Die französischen Posten am Rheinhafen sind heute nachmittag eingezogen worden. Damit ist der Zutritt zum Rheinhafen wieder freigegeben. Die französischen Truppen sind aber bis jetzt aus ihren Quartieren im Rheingebiet noch nicht abgezogen.

## 1300 Ausweisungen zurückgenommen.

Koblenz, 12. September. (M.B.) Die Koblenzer Verhandlungen wurden heute in mehreren Komitees fortgesetzt. Der von der Reichsregierung bestellte Leiter der Verhandlungen in Koblenz und Düsseldorf, Landeshauptmann Dr. Gorion, suchte im Laufe des Vormittags den französischen, belgischen und britischen Oberkommissar in der interalliierten Rheinlandkommission auf und hatte mit ihnen längere Unterredungen. Nach einer Entscheidung der R.R. vom 11. d. M. ist die Ausweisung von etwa 1300 Privatpersonen und Beamten zurückgenommen worden. Landeshauptmann Dr. Gorion hat sich heute nach Düsseldorf begeben, um dort die in Aussicht genommenen Verhandlungen mit dem französischen Oberbefehlshaber aufzunehmen.

## Die Brigade Ehrhardt.

Wikingerkente als Räuber.

München, 12. September. (Eigener Drahtbericht.) Es ist bekanntlich immer noch nicht gelungen, in das Treiben der im Herbst 1923 unter der glorreichen Regierung des Generalkommissars Rahr und unter dem direkten Oberbefehl des Kapitäns Ehrhardt zusammengezogenen sogenannten Grenzschutzverbände an der nordbayerisch-schlesischen Grenze hineinzuleuchten. Daß sie aber teilweise gehäuft haben wie wirkliche Räuber und Banditen und zur reinsten Landplage geworden sind, beweist ein Prozeß, der sich vor dem Schöffengericht in Bamberg dieser Tage abspielte. Angeklagt waren 15 Angehörige des Wiking-Bundes, an ihrer Spitze der stellvertretende Kompanieführer, Kaufmann Georg Kriebe aus Frankenstein in Schlesien (der übrigens ein ziemlich ausgebehnies Strafregister besitzt), die als Soldaten des sogenannten Jungdeutschen Regiments am 28. Oktober 1923 nach Untermerzbach bei Bamberg vor das Haus des Kaufmanns Karl Goldstein gezogen sind und unter Androhung von Waffengewalt sich Eintritt in das Haus verschafften. Mit vorgehaltenem Revolver veranlaßten sie Goldstein zur Öffnung seines Kassenchranks, worauf sie Goldstein und dessen Frau unter Mißhandlungen in ein Zimmer sperrten, dem Tresor Wertgegenstände entnahmen und aus der Wohnung Kleidungsstücke und andere ihnen nützlich erscheinende Dinge raubten, darunter auch 5600 Zigaretten und 30 000 Zigaretten. Die Beute, die mit unerhörter Frechheit und Brutalität gegen die Ueberfallenen gemacht worden war, wurde im Standquartier verteilt. In der Vernehmung waren sämtliche Angeklagten geständig, redeten sich aber darauf hinaus, daß sie auf militärischen Befehl gehandelt hätten. Außerdem gaben sie an, daß die Verpflegung und Ausrüstung an Reitern und Schuhen außerordentlich schlecht gewesen sei. Sehr interessante Mitteilungen machten die Angeklagten über die ihnen, wie sie sich ausdrückten, von der Rahr-Losow-Regierung in Hülle und Fülle zur Verfügung gestellten Mittel, über die sie „aus vaterländischem Interesse“ schweigen mußten. Auf Beschwerde der Mannschaften wegen der mangelhaften Bekleidung wurde ihnen von den Offizieren entgegengehalten, sie sollten sich ihre Bestände durch Requisitionen ergänzen. Der im Ehrhardtischen Heerlager und im Jungdeutschen Orden eine große Rolle spielende protestantische Pfarrer Johannes Koburg, jetzt völkischer Landtagsabgeordneter in Bayern, erklärte: „Holt euch die Schuhe bei den Juden!“ Die Angeklagten redeten sich also darauf hinaus, daß sie

schließen sollte. Die Zustände in den Militärgefängnissen Nordafrikas, in El-Bordj und in Sidj Rousch, spotteten jeder Beschreibung. Dort bot Londres Befangene an, denen die Finger fehlen, deren sie sich selbst beraubt hatten. Die Gefangenen waren vor dieser Selbstverstümmelung nicht zurückgeschreckt, um den Qualen der Zwangsarbeit zu entgehen und in ihre Zellen zurückgeschickt zu werden. Die Behandlung der Verurteilten steht in krassem Widerspruch zu den amtlichen Vorschriften. Diese Vorschriften werden, wie Londres nachweist, überhaupt nicht beachtet. Auf Grund der aufsehenerregenden Enthüllungen hat das französische Kriegsministerium eine Untersuchung angeordnet. Man darf gespannt sein, ob es jetzt gelingen wird, diesem Skandal ein Ende zu machen.

## Einfindersystem oder Kinderreichum?

Die allgemein verbreitete Anschauung, daß das einzige Kind einer Familie die Aussicht hat, zu einem verklärten Schwächling und selbstfüchtigen Schilling heranzuwachsen, wird weder von der Wissenschaft noch von der Statistik bestätigt. Dr. Hornell hat einer der führenden Kinderärzte der Vereinigten Staaten, hat kürzlich nach dieser Richtung eingehende Untersuchungen angestellt, die sich über 600 Familien erstreckten. Er fand dabei, daß Kinder kinderreicher Familien weniger energiegelad, weniger liebenswürdig, weniger aufrichtig und weniger anständig sind als das einzige Kind einer Familie oder die Kinder kleiner Familien.

„Kinder aus großen Familien“, erklärte er, „unterliegen in geistiger, moralischer und sozialer Hinsicht Hemmungen.“ In jeder der untersuchten Familien konnte Dr. Hart die Feststellung machen, daß je weniger Kinder vorhanden waren, um so höher sich das geistige Niveau unter ihnen stellte. Am niedrigsten war es in den Familien von zehn und mehr Kindern. Ein Londoner Kinderarzt bestätigte die Feststellung fernes amerikanischen Kollegen dem Berichterstatter eines Londoner Blattes gegenüber mit den Worten: „Nach meiner persönlichen Erfahrung ist das einzige Kind oder sind die Kinder der kleinen Familien körperlich und geistig denen aus großen Familien überlegen. Nicht, als ob sich schon die ersten vier Kinder etwa bei der Geburt in körperlicher oder geistiger Hinsicht überlegen zeigten; es steht indessen fest, daß sie eine sorgfältigere Erziehung und Pflege finden und daß sie als Erbe von den Eltern einen höheren Anteil geistiger und moralischer Eigenschaften übernommen haben. Ich habe mich überzeugt, daß das fünfte Kind und die nach ihm geborenen Geschwister eine höhere Disposition zur Schwäche und zu gesellschaftlicher Unterwertigkeit zeigen.“ Dr. Henry Sayer, die ärztliche Beirätin der Londoner Stadtverwaltung, kam durch die vergleichende Untersuchung von hundert geistig minderwertigen mit ebenso vielen normalen Kindern zu der Feststellung, daß aus den großen Familien die meisten krankhaften, entarteten und minderwertigen Kinder hervorgehen. Auch sie führt diese Erklärung auf die Vernachlässigung zurück, unter der die Kinder in großen Familien zu leiden haben. Demgegenüber bleibt allerdings die unbestrittene Tatsache bestehen, daß geniale Menschen häufig gerade aus großen Familien hervorgegangen sind. Bolzac war beispielsweise das jüngste einer zahlreichen Kinderkaste, Napoleon das achte Kind seiner Eltern, Benjamin Franklin war das jüngste von 17 Kindern, und Rembrandt das fünfte von sechs. Schumann war



# Gewerkschaftsbewegung

## Zur Geschichte vom Produktionsausfall.

In Unternehmenskreisen ist man eifrig bemüht, den Produktionsausfall in der Nachkriegszeit zu berechnen. Den Produktionsausfall während der Kriegszeit zu bemessen, festzustellen, wie viele Arbeitsstunden auf die wirtschaftliche Produktion, einen Vergleich zu ziehen zwischen der Zahl der durchschnittlichen Produktionsstunde der Vorkriegszeit und der Produktionsstunde zu den gleichen wirtschaftlichen Zwecken in der Kriegszeit, das hält die in erster Linie dazu berufene „Industrie“ offenbar für überflüssig. Auch wir würden keinen besonderen Wert darauf legen, wenn uns der „Produktionsausfall“ der Kriegszeit nicht immer wieder vorgehalten würde, um die angebliche Schädlichkeit des Achtfundertages nachzuweisen. Dabei wird gewöhnlich vernachlässigt, auf den Zusammenhang dieses Produktionsausfalls mit dem Kriege hinzuweisen, obgleich er sich ausschließlich als Kriegsfolge ergibt, soweit er den Produktionsausfall der Vorkriegszeit durch wirtschaftliche Kämpfe übersteigt.

In dem kürzlich erschienenen Buch „Der Achtstundentag“, das die Vereinigung der Arbeitgeberverbände gegen den Achtstundentag aufgegeben hat, wird der deutschen Arbeiterschaft selbst der Verlust an Arbeitsstunden aufs Konto gelegt, die sich lediglich aus der Umordnung der kapitalistischen Wirtschaft ergibt, wie beispielsweise die Freischichten im Bergbau. Der Produktionsausfall durch den Kapp-Putsch, durch die von den Unternehmern vorgenommenen Ausperrungen, kurzum jede nicht geleistete Arbeitsstunde, ohne Berücksichtigung der Ursache, wird mit zum „Produktionsausfall“ addiert. Bombigisch wird auch die Unzahl der durch Arbeitsmangel und „Abbau“ erwaehnten Arbeitslosen gegen den Achtstundentag mit ins Feld geführt. Aus diesem ganzen Produktionsausfall der ersten Nachkriegsjahre wird dann der Trugschluss gezogen, daß auch für die nächsten Jahre mit einem ungefähr gleich großen Produktionsausfall zu rechnen und deshalb der Achtstundentag undurchführbar sei.

Rechnet etwa die „Industrie“ damit, daß sie durch ihre vielfach geradezu erpresserischen Maßnahmen zur Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung einen ähnlich starken Produktionsausfall für die nächsten Jahre heraufbeschwört? Sie zeigt damit, daß sie aus dem vergangenen „Produktionsausfall“ nichts gelernt hat und ihre Profiteurinteressen auch weiterhin, ohne Rücksicht auf Verluste an Arbeitsstunden durch Streiks und Ausperrungen, ohne Rücksicht auf die „nationale Produktion“ zu verteidigen entschlossen ist.

Unter normalen Verhältnissen konnte der Achtstundentag nicht mit einem Schlage durchgeführt werden. Er wäre vielmehr zunächst in den Berufs- und Industriezweigen eingeführt worden, deren Arbeitszeit ihm am nächsten gerückt war. Er konnte plötzlich eingeführt werden, weil die Wirtschaft zusammengebrochen und die Möglichkeit nicht gegeben war, sie ohne weiteres durch Arbeitsleistungen wieder aufzurichten, da es an Rohstoffen und allem Möglichen fehlte. Die Anpassung an den Achtstundentag war vom Jahre 1919 an am ehesten möglich. Die jetzige „Umstellung“ vom Dreischichtensystem auf das Zweischichtensystem zeigt nur allzu deutlich, daß es sich nicht um die Unmöglichkeit der Durchführung des Achtstundentages handelt, nicht um eine natürliche, sondern um eine soziale Reaktion, um den Druck nach vermehrter Ausbeutung. Denn nicht etwa in denjenigen Industrien, in denen vordem die längste Arbeitszeit herrschte, ist heute die Arbeitszeit wieder am längsten, sondern gerade in der Schwerindustrie, in der jahrzehntelang vordem das Dreischichtensystem mit achtfundertiger Arbeitszeit durchgeführt war, ist heute das Zwischichtensystem mit zwölfstündiger Arbeitszeit wieder eingeführt.

Die Rechenmeister des Produktionsausfalls haben nicht einmal berücksichtigt, daß zur vermehrten wirtschaftlichen Produktion heute alle die Kräfte frei geworden sind, die vordem der Militarismus in den Kasernen, den Kriegsschiffwerften und der Waffen- und Munitionsindustrie für sich beanspruchte.

Die amtliche Statistik über Arbeitseinstellungen und Ausperrungen zeigt, daß die politischen Kämpfe der Nachkriegszeit als unmittelbare Folgen der Kriegszeit in der Hauptsache deuten sind, die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe aber ebenfalls einen starken Rückgang aufweist.

### Wirtschaftliche und politische Kämpfe.

Jahr	Zahl der durchschnittlichen Kämpfe	Zahl der betroffenen Betriebe	Zahl der Streikenden und Ausperrten	Zahl der verlorenen Arbeitstage
(1899-1913)	2 114	11 410	234 623	8 000 791
1919	4 970	51 804	4 706 269	48 067 180
1920	8 800	197 823	8 328 977	51 206 949
1921	5 223	60 526	2 042 372	30 067 894
1922	5 861	57 607	2 321 597	29 240 740
1923	2 209	31 611	2 097 922	15 171 778

In der „Industrie- und Handels-Zeitung“ nimmt Fritz Flechner zu diesen in Nr. 15 des „Reichsarbeitsblatts“ veröffentlichten Ziffern über sämtliche Arbeitskämpfe der Arbeiter und Angestellten, einschließlich der Landarbeiter, Stellung.

Die Erscheinung, daß im Jahre 1923 die Zahl der Arbeitskämpfe und damit auch die Zahl der verlorenen Arbeitstage wesentlich zurückgegangen ist, führt er darauf zurück, daß die Exportindustrien im vorigen Jahre monatelang angestrengt arbeiten mußten, um ihre Auslandsaufträge zu bewältigen.

„Streiks hätten ihnen daher größten Schaden gebracht, und so wurde eine Forderung nach der anderen bewilligt, nur um die Betriebe in vollem Gang erhalten zu können. Von diesen Industrien ging die Lohnwelle mehr auf die übrigen Zweige von Industrie und Handel, und überall wurden die Löhne erhöht, soweit es nur irgend möglich war. Und was die Arbeitgeber nicht freiwillig taten, geschah durch die Schlichtungsausschüsse.“

Der Bearbeiter der amtlichen Statistik, Regierungsrat Max Conrab, führt die im Durchschnitt wesentlich kürzere Dauer der Ar-

beitskämpfe des Vorjahres auf die schlechte Wirtschaftslage zurück. Dr. Flechner bestreitet jedoch, daß das Jahr 1923 eine Zeit wirtschaftlicher Depression in dem üblichen Sinne gewesen sei. Die Inflation, auf die hauptsächlich die kurze Dauer der Arbeitskämpfe des Vorjahres zurückzuführen ist, stört den Herrn offenbar in seiner Beweisführung, daß der großen Nachgiebigkeit der Unternehmer die rasche Beilegung der Arbeitskämpfe zu danken sei, weshalb sie mit keinem Wort erwähnt wird.

Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Arbeitskämpfen weisen die politischen Arbeitseinstellungen eine Steigerung der Streikdauer auf.

### Politische Streiks von 1919 bis 1923.

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der betroffenen Betriebe	Zahl der Streikenden	Zahl der verlorenen Arbeitstage
1919	902	12 871	2 562 694	12 034 765
1920	4406	149 585	6 782 242	36 304 142
1921	435	2 708	502 021	8 751 504
1922	160	4 824	352 884	346 806
1923	47	3 506	318 539	1 032 932

Es sei dahingestellt, nach welchen Methoden die Trennung in wirtschaftliche und politische Arbeitskämpfe erfolgt ist und inwieweit ihre Ergebnisse zutreffend sind. Ist aber den Unternehmern daran gelegen, die „politischen“ Streiks möglichst zu vermeiden, dann müßten sie dafür sorgen, daß aus ihren Reihen nicht verfassungsfeindliche Gruppen und Gruppchen finanziert werden, deren Gebaren zur Gegenwehr herausfordert. Daß die Zahl der durch Ausperrungen im Vorjahre entfallenen Arbeitstage um 29 671 5 höher war als die infolge politischer Streiks, bleibt ebenfalls unerwähnt, weil es dem Verfasser hauptsächlich auf den Nachweis ankam, daß in der Nachkriegszeit rund 177 Millionen Arbeitstage, wovon 106 Millionen durch Streiks verlorengegangen sind. Den Arbeitgeberverbänden dienen diese Ziffern als Beweis für die angebliche Notwendigkeit verlängerter Arbeitszeit.

Das Ergebnis des Jahres 1923 zeigt jedoch, daß mit dem Rückgang der Streikursachen auch die Streiks zurückgehen. Die Gesamtübersichten der Nachkriegszeit zeigen, daß die Dinge auf dem besten Wege sind, zum Durchschnittsstand der Vorkriegszeit zurückzuführen, sobald das Unternehmertum diese Entwicklung nicht stört und hindert und es durch Anerkennung des Achtstundentages und Zustimmung zu erträglicher Lohnregelung möglich macht, wieder zur tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kommen. Die Politik der Schamacherei ist auf die Dauer offenbar undurchführbar. Doch so oder so, die Arbeitnehmerschaft tut auf alle Fälle gut daran, ihre Organisationen zu stärken.

### „Das Ende der Reichsgewerkschaft.“

Unter dieser Überschrift bringt in sensationeller Aufmachung die V.S.-Korrespondenz die Mitteilung, daß die Reichsgewerkschaft Deutscher Lokomotivführer auf ihrer Generalversammlung in Braunschweig mit 187 gegen 103 Stimmen ihren Austritt aus der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten beschlossen habe und daß dieser Beschluß praktisch das Ende der Reichsgewerkschaft bedeute, der nur noch kümmerliche Reste verblieben.

Richtig ist, daß mit 183 gegen 103 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 2 ungültigen Stimmen der Austritt beschlossen wurde. Unmittelbar darauf wurde jedoch mit überwältigender Mehrheit beschlossen, zur Reichsgewerkschaft in ein Kartellverhältnis zu treten. Dadurch wird das Verhältnis zwischen der Reichsgewerkschaft Deutscher Lokomotivführer und der Reichsgewerkschaft wohl etwas lockerer als es bisher gewesen ist, aber es bleibt nicht unwesentlich ein einziges, und die gewerkschaftliche Einstellung bleibt grundsätzlich die gleiche. Damit fallen auch die Postungen der gelben Beamtenorganisationen, von denen die Rotz der V.S.-Korrespondenz offenbar inspiriert wurde. Es ist auch nicht richtig, daß der Reichsgewerkschaft nur noch kümmerliche Reste verblieben. Die Reichsgewerkschaft hatte bisher rund 100 000 zahlende Mitglieder. Der Anteil der Lokomotivführer daran beträgt etwas weniger als die Hälfte. Im übrigen ist in der Frage der Zugehörigkeit der Lokomotivführer zur Reichsgewerkschaft, wie aus den obigen Beschlüssen hervorgeht, noch nicht das letzte Wort gesprochen.

### Die Bankangestellten gegen die Sonnabendbörse.

Gegen den augenblicklich zur Diskussion stehenden Plan, an den Sonnabend den Dienstverkehr wieder aufzunehmen, hat der Zentralvorstand des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten bei dem Berliner Börsenvorstand, von dem dieser Plan ausgeht, scharfsten Protest erhoben. Die Prüfung dieser Frage durch die Verbandsinstanzen hat ergeben, daß eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die Wiedereinführung des gegenwärtigen Zustandes verneint werden müsse. Die Durchführung des Planes würde nicht nur für das Gewerbe keine wirtschaftlichen Vorteile bringen, sondern müßte zu einer Unannehmlichkeit sozialer Konflikte werden, da sie für die Bankangestellten einen unerträglichen Rückschritt bedeute. Man darf erwarten, daß dieser Protest auf die Entschließung des Börsenvorstandes nicht ohne Einfluß bleiben wird.

### 15 Mark für 66 Arbeitsstunden.

Dem Deutschen Holzarbeiterverband wird ausgeschrieben: Die Preussische Staatsforstverwaltung hat den Entschluß des Eulentaufholzes Privatunternehmern übertragen. Einer dieser Unternehmer ist der Forstassessor a. D. Busold in Lübben, wie aus dessen Zuschrift an den „Vorwärts“ in Nr. 408 hervorgeht. Herr Busold ist der Holzschlag in der Umgebung Küstrins übertragen worden. Bei der Suche nach den erforderlichen Holzhauern hat er sich auch an den Arbeitsnachweis des Landesverbandes Berlin-Brandenburg des Reichsbundes vaterländischer Arbeitervereine in Berlin, Kleinbeerstr. 3, gewandt. Dieser Arbeitsnachweis hat auch eine Anzahl Arbeiter vermittelt, denen schöne Verpächungen gemacht worden sind, die an Ort und Stelle natürlich nicht eingehalten wurden. In einer Berichtigung an den „Vorwärts“ bestreitet der Arbeitsnachweis, daß den Arbeitslosen Verpächungen gemacht worden sind; wir sind so frei, den Angaben der Arbeiter eine größere Beweiskraft zuzuerkennen als den der „Vaterländischen“. Nicht weniger enttäuscht wie die Arbeiter über die Arbeitsverhältnisse bei Herrn Busold ist dieser über die von den „Vaterländischen“ vermittelten Holzschläger. In seiner Zuschrift an den „Vorwärts“ sagt Herr Busold, daß die Angehörigen eines sogenannten nationalen

Verbandes nach ganz kurzem Versuch aus den verschiedensten Gründen restlos entlassen wurden.“

Nach dem Scheitern mit den „Vaterländischen“ hat sich Herr Busold an die öffentlichen Arbeitsnachweise gewandt. So wurden beim Arbeitsamt in Kronach (Bayern) einige hundert Holzschläger gesucht. Das Arbeitsamt hat die Vermittlung auch übernommen. Den Arbeitslosen wurde gesagt, daß sie täglich 6 bis 8 Mark verdienen könnten. Auch die sonstigen Arbeitsverhältnisse wurden als günstig bezeichnet. Die Arbeitslosen, froh endlich wieder Arbeit zu finden, nahmen das Angebot an und reisten ab. Ingesamt sollen etwa 250 bayerische Arbeiter angeworben sein. An Ort und Stelle angekommen, erlebten sie eine große Enttäuschung. Nach den uns vorliegenden Notizen verdienen die Holzschläger bei 6 1/2 stündiger Wochenarbeitszeit nach Abzug der Versicherungsbeiträge und Steuern 14,60 M. in der Woche. Versprochen war ihnen ein Verdienst von 6 bis 8 M. pro Tag oder von 36 bis 48 M. pro Woche. Unter den angeworbenen Arbeitern herrscht mit Recht große Empörung. Zu allem Unheil haben sie nicht die Möglichkeit, sofort in ihre Heimat zurückzukehren, da ihnen das Fahrgehalt fehlt. Sie werden es sich kaum zusammenrechen können, denn der Verdienst reicht nicht einmal aus zum Fortessen.

Herr Busold sagt in seiner Zuschrift an den „Vorwärts“, daß die Affäre so kein, daß ein fleißiger Arbeiter pro Tag 5 M. verdienen könnte. Das ist schon wesentlich weniger als den Arbeitern auf dem Arbeitsamt in Kronach gesagt wurde; aber auch das stimmt nicht. Wie unsere Gewährsmänner (es handelt sich um Holzschläger von Beruf) uns versichern, wäre ein Tagesverdienst von 5 M. möglich, wenn es sich beim Einschlag um eine feste Summe handeln würde. Das ist eben nicht der Fall. So wie die Dinge liegen kann der fleißigste Arbeiter keine 3 M. pro Tag verdienen. Wenn Herr Busold das nicht wahrhaben will, dann möchten wir ihm den Rat geben, sich an Ort und Stelle zu erkundigen. Die Art und Weise, wie heute Arbeiter für ihn angeworben und entlassen werden, ist ein Skandal, der dringend der Abhilfe bedarf. Übrigens: Was sagt die Preussische Staatsforstverwaltung dazu?

### Gegen Köchlings Stilllegungsaktion.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes hat gegen die angekündigte Schließung der Köchling-Werke eine Entschlieung gefaßt, in der es unter anderem heißt:

„Die zum Zweck der Abschaffung des Achtstundentages und der 25prozentigen Lohnkürzung beschlossene Betriebsstilllegung der Köchling-Werke ist ein so brutaler Eingriff in die Rechte und die Existenz der Arbeiterschaft und gefährdet die Interessen der Saarbevölkerung in so hohem Maße, daß die Sozialdemokratische Partei ein weiteres Zusammenarbeiten für unmöglich hält. Sie erklärt deshalb ihren Austritt aus der Interparlamentarischen Vereinigung. Die Sozialdemokratie wird auch außerhalb des interparlamentarischen Ausschusses für ihre von Anfang an erfolgte Verteidigung der großen Lebensfragen des Saarraums nach wie vor ihre ganzen Kräfte einsetzen.“

Wo einst „König“ Stumm herrschte, gibt jetzt Herr Köchling den Ton an. Allein die Zeiten der Herrschaft eines Stumm in Saarobien sind vorbei. Für den Fall, daß Herr Köchling seine wahrnehmbare Drohung wahr machen wollte, wird vom saarländischen Arbeitsamt für die Unterbringung der betroffenen Arbeiter gesorgt. Damit hat die Spekulation auf die Wirkung der angekündigten Stilllegung ein Loch bekommen.

### Moskauer „Einheitsfront“.

Aus Moskau meldet die „Dt.-Expres“-Korrespondenz: Die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale haben einen Aufruf an die Arbeiterschaft aller Länder erlassen. Den revolutionären Verbänden wird empfohlen, den Zusammenstoß mit den reformistischen Gewerkschaften durchzusetzen und den Kampf für die Etablierung eines internationalen Einheitskongresses aufzunehmen. Das Ziel ist die Vereinigung der Amsterdamer und der Roten (Moskauer) Gewerkschaftsinternationale zu einer einzigen internationalen Organisation. — Der Generalsekretär der Internationalen Föderation der Transportarbeiter, Edo Jimmen, ist in Moskau eingetroffen.

Handelte es sich um die ehrliche Absicht einer Verständigung, wären wir die ersten mit, die sie begrüßten. Ein Verhältnis aber, bei dem der eine Teil den anderen unter Beschimpfungen und Verdächtigungen seinen politischen Projekten dienstbar machen will, führt nicht zu einer Einheitsfront.

Die Bäckergehilfen in Warschau streiken um eine 20prozentige Lohnerhöhung. Die Arbeitgeber wollen einen einmaligen siebenprozentigen Teuerungszuschlag und eine Erhöhung des bisherigen Lohnes um 5 Proz. sowie Zugaben in Naturalien bewilligen. Es besteht Aussicht auf Beilegung des Streikes. Die Regierung hat den Brotpreis von 32 auf 31 Heller herabgesetzt.

Preussischer Bauernverband, Fachgruppe Koblenz. Sonntag vormittag 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Versammlung. Gäste haben Zutritt. Bericht von den Verhandlungen. Die Fachgruppenleitung.

Preussischer Bauernverband, Fachgruppe der Köpfer. Am Montag, den 15. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, außerordentliche Mitgliederversammlung. Bericht von der letzten Lohnverhandlung und unsere Stellungnahme hierzu. Persönliches Erscheinen aller Köpfer ist Pflicht, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind. Die Fachgruppenleitung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Calmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Kleiner; Illustration: A. B. Böcher; Fotos: Soltes; Sonstiges: Kris Karstadt; Anzeigen: Th. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formatio-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3. Seite 2. Beilage.

**Wenn Sie wüßten**  
wie sicher und bequem Sie Ihre  
**Hühneraugen und Hornhaut**  
durch „Lebewohl“  
los werden, würden Sie sich nicht erst mit  
minderwertigen Mitteln herumärgern.  
„Lebewohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerzstillend.  
Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf.  
— Seit 20 Jahren bewährt. —  
In Drogerien und Apotheken zu haben.  
Verlangen Sie ausdrücklich **Lebewohl mit Filzring**

**KRESSIN**  
MOHAR 5 1/2  
in Blechpackung  
Die Marke des  
Qualitätsrauchers

**ZIGARETTEN**  
MOHAR LUXUS 8 1/2  
Die Marke des  
Feinschmeckers



## Wie es in märkischen Kleinstädten aussieht:

### Luckau (Niederlausitz).

In den alten Sagen der Mathematik, daß die gerade Linie die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten ist, wird der Reisende oft erinnert, wenn er an einem kleinen Kreuzungspunkt auf der zur feilhaft liegenden Stadt führenden Zug wartet. So ist's auch bei Luckau, das wenige Kilometer von dem unbedeutenden Utkro entfernt, von diesem Haltepunkt der Berlin-Dresdener Bahn durch eine Nebenbahn erreicht wird. Die von konservativem Ackerbürgergeist besessenen Luckauer haben in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts den Anschluß an die Eisenbahn verpaßt: vielleicht war der Streit, ob Luckau oder Dahme berührt werden sollte, dafür maßgebend, daß keine dieser Städtchen mit dem neuen Schienenwege beglückt wurde. Daß Luckau damals nicht siegte, wenn es ernsthaft gewollt hätte, ist um so unbegreiflicher, als es eine große Bergangenheit und einen gewissen Wohlstand in die Waagschale zu werfen hatte. Wie sehr die Stadt durch die fehlende Bahnverbindung in der Entwicklung behindert worden ist, zeigt die Rückwärtsbewegung des Bevölkerungszuwachses: 1867 zählte sie 5027, 1871: 4917, später unter 4000 und 1913 4216 Einwohner. Häuser gab es 1871: 502, 1913: 560. Seit 1897 hat sie die Bahnverbindung, die aber, da Industrie so ziemlich fehlt, auch keinen nennenswerten Aufschwung hervorbringen konnte. Von der Macht der Stadt in früheren Zeiten gibt die Tatsache, daß sie 1836 an 50 000 Morgen Land unter ihrem Einfluß hatte, eine gute Anschauung. Die Straße von der Markt-Reihen nach Berlin und die vom Westen nach Lübben kreuzten sich in ihrem Weichbilde und hatten ihr in früherer Zeit eine wirtschaftliche Bedeutung gegeben, die sie in Erwerb von „Sachgütern“ verständig auszunutzen bestrahlte war.

#### Das heutige Bild.

Der Name Luckau stammt vom wendischen „Luka“ = Wiese. Reich an frischem Grün, aber auch an Gemüse und Blumen, ist die Niederung der Berste, die die Stadt in einem Oval umfließt und noch zum Teil die alte Ziegelfestung markiert. Zwischen Mauer und Röhren erstrecken sich üppige Gärten, über die Berste hinaus umgibt ein Promenadenkranz die Stadt. Die frühere kriegerische Zeit sah die Türme voraus; noch einer steht: der runde Rote Turm in der Kaiser Vorstadt. Die bereits erwähnte günstige Lage machte Luckau früh wohlhabend und mächtig; es wurde die Hauptstadt der Niederlausitz, die zu Sachsen gehörte (bis 1815), aber auch böhmischem Einfluß unterlag. Reich an Grundbesitz und sonstigen Schätzen, lenkte sie im Dreißigjährigen Kriege die Heere auf sich; in jenen Jahren ging ein großer Teil des Wohlstandes verloren. Vor allem aber litt die Stadt durch verschiedene Feuersbrünste, so namentlich 1644, dann aber auch 1652 und 1671; damals sollen von 433 Häusern nur noch 19 übriggeblieben sein. Später erhielt die Stadt als Sitz von Behörden wohl eine gewisse Bedeutung, aber die wirtschaftliche Machtstellung war verloren. Heute besteht der Grundbesitz der Stadt aus umfangreichen Waldungen, daneben ist das Heilige-Geist-Hospital auf Grundbesitz fundiert. Daß die auch vom Landratsamt stets besetzte Weidhaltung des Ackerbürgercharakters und die in früheren Jahren geistlich beobachtete Zurückhaltung vom gewerblich-industriellen Verkehr der Stadt keine neuen Aufgaben stellte, mag dem Freunde eines geruhigen Daseins erfreulich sein, hat aber auch, wie jeder Stillstand, seine Schattenseiten. Um nur einen Uebelstand zu erwähnen: erhofft man von dem Vorhandensein des Eisenmoorbades einen sich berechtigten Aufschwung der Stadt als Badeort, so ist es unbedingt erforderlich, daß die lästigen Gerüche, die dem an den Straßenrändern hinfließenden Schmutzwasser entstammen, beseitigt werden. Liegt auch die genannte Anstalt außer-

halb der eigentlichen Stadt, so vertritt sich doch ein so unhygienisches Verhalten in keiner Weise mit dem Wesen eines Badeortes. Was an neueren Bauten sich am Rande vorfindet, kann als zweckentsprechende Bereicherung des anmutigen Landschaftsbildes bezeichnet werden.

#### Die Sehenswürdigkeiten der Stadt.

Wenn man auf der die Station Utkro mit zehn Minuten Verspätung verlassenden Privatbahn sich dem Weichbilde Luckaus nähert, so entdeckt man zur Rechten das Riesenschiff der Nikolaikirche und



Marktplatz in Luckau.

den hohen Turm der ehemaligen Georgenkirche. Beide Bauten geben der Stadt ihren Charakter. Leider sind die beiden Türme der Hauptkirche, die nach den Bränden von 1390 und 1644 erneuert wurde, nicht über das Dach des Langhauses hinausgeführt, während der hohe „Hausmannsturm“ der kleinen, jetzt als Spritzenhaus dienenden, im 17. Jahrhundert in Renaissanceformen umgebildeten Georgenkirche zu dem kleinen verwitweten Kirchenkörper schlecht paßt. Die Nikolaikirche ist ein dreischiffiger Backsteinhallenbau, das Äußere höchst einfach, auch in den Portalen durch kein Sterrat ausgezeichnet. Im Innern hat man den nüchternen Eindruck der weißen Wände durch eingebaute Bogen und Emporen, durch zahlreiche Epitaphien und die märkische, reich vergoldete Sandsteintafel und die mächtige Orgel aufgehoben; zahlreich sind auch Bilder und Grabsteine angebracht. Die ganze Geschichte der Blütezeit der Stadt ist hierin zum Ausdruck gekommen. Neben diesem Kirchenbau macht das Rathaus einen sehr profanen Eindruck; es erinnert in seiner überdachten niederen Form an die alten Berliner Bahnhöfe; zahlreiche Umbauten haben wohl den ursprünglichen Charakter ganz verändert. Wohl aber liefern verschiedene Profanbauten den Beweis, daß hier der Sinn für künstlerische Wirkung ausgeprägt war. Es sind dies zumeist Häuser, die den großen Marktplatz, auf dem Rathaus, die Georgenkirche und eine Kriegerdenkmalssäule (1864, 1866, 1870/71) stehen, umgeben, entweder Giebelhäuser oder durch reiche Stuckarbeit ausgezeichnete Bauten. Der Berliner hat bekanntlich vor dem Worte „Stuck“ ein gelindes

Grausen, da er nur die geschmacklose Häufung von unorganisch angebrachten Ornamenten, die den Berlin-W-Stil kennzeichnen, vor Augen hat. Nun waren aber die „Stuccatosen“, die zu Ausgang des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts in Deutschland arbeiteten, doch andere Kerle als die aus eigener Nachvollkommenheit zu Bauherren emporgewachsenen Maurermeister von Berlin W.; sie überspannten die ganze Fassade mit ihren zierlichen Arabesken, so daß sie einer Filigranarbeit gleich. Diese Häuser gewähren in ihrer guten Erhaltung einen sehr angenehmen Eindruck; sie werden auch von ihren Nachbarn nicht unterdrückt, und selbst da, wo die neuere Zeit einen Umbau forderte, ist mit Geschick verfahren worden. Auch die milde Tönung der Fassaden — helles Braun bis Gelb — trägt zur Belebung der betreffenden Seiten des Marktplatzes bei. Schöne Einzelheiten finden sich an der Apotheke, auch sonst bemerkt man noch schöne Türen, geschmackvolle Bogenführung und dergl. Malerisch ist die nach Norden an der Berste sich hinziehende Front der Schulgebäude (zwischen Nikolaikirche und Schloßberg); der Platz zwischen Kirche und Schule wird während der Unterrichtsstunden abgesperrt, so daß Lehrer, Schüler und Schülerinnen Freiübungen, aber auch Zeichenunterricht dort vornehmen können. Eine seit altersher bestehende Lateinschule ist seit 1818 Gymnasium, das auch von Auswärtigen besucht wird. Auf dem Platz, den einst das Dominikanerkloster einnahm, ist ein Zuchthaus errichtet.

#### Soziale und politische Einstellung.

Gleich am Bahnhof, der übrigens ganz in die Nähe der Stadt (Marktgegend) gerückt werden konnte, findet sich das Lagerhaus des Landbundes und in der Mitte der Stadt das Landbundeshaus. Die Abwesenheit von Industrie trägt dazu bei, daß das Agrarische Trumpf ist. Aber an 600 sozialdemokratische Reichstagswahlstimmen zeigen doch, daß von einer Alleinherrschaft reaktionärer Anschauungen nicht die Rede ist. Es gibt genug Landarbeiter mit kleinem Besitz, die sich nach mehr Sonne sehnen. Auch in ihnen lebt der Wunsch, an den Kulturgütern teil zu haben, so hofft man, daß der Wunsch, das Märkische Wandertheater häufiger zu sehen, auf Erfüllung rechnen darf. Auch für Gesang und Sport ist reiches Interesse vorhanden. Daß das Bürgerium, trotz aller schönen Reden, von einer Ueberbrückung der sozialen Gegensätze gerade in kleinen Städten so gar nichts tut, um von sich aus für Verbreitung von Wissen und Kunst in den mit Glücksgütern nicht gesegneten Kreisen Sorge zu tragen, ist eine alte Klage. Findet nun mal irgendwo etwas Derartiges statt, so kann man sicher sein, daß ein Unterton der Beeinflussung — oft unbewußt — sich einstellt. Aber nur die reine parteilose Kunst kann volkserziehend wirken.

Will Luckau sich entwickeln, so muß auch für eine bessere Bahnverbindung gesorgt werden. Zeit ist heute Geld, und wer sich z. B. in Utkro 1 1/2 Stunden der Sonne und dem Regen, jedenfalls der Langeweile ausgefetzt sieht, ehe das „Zügle“ abdampt, wird es sich zweimal überlegen, ob er einen Besuch abstatten soll. Aber die Stadt bietet immerhin genug, um auch andere Reisende als die nimmermüden Vertreter des Kaufmannsstandes an sich zu locken.

#### Retogene Auswanderer.

Nachdem erst kürzlich ein Auswandererschwindler von England aus vertrauensfertigen Deutschen durch das Versprechen freier Ueberfahrt nach Kanada und einer Anstellung als Landarbeiter dort soviel Geld aus der Tasche gelockt hat, daß er, wie er höhnisch hierher mittelste, das Reisegeld für sich reichlich beisammen hatte, taucht schon wieder einer auf. Ein Karl Lauterbach in

## Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexö.

Es fehlte darum den Meister Frank in das größte Erstaunen, als man ihn heute nicht im Auge behielt; und noch bevor die Kunden erledigt waren, nahm er die Gelegenheit wahr und kniff aus.

„Schau, Schau, wie er rennt, der alte Dummkopf,“ sagte die Frau und sah ihm durchs Fenster nach. „Und er glaubt noch obendrein, er hätte einen an der Nase herumgeführt. Ja, ja! renn' du nur, du Narr — solange es dauert!“ fügte sie hinzu, und dabei waren ihre Gedanken der klugen Frau zugewandt. Sie ärgerte sich etwas darüber, daß er glaubte, sie überlistet zu haben, und nun vielleicht damit prahlte.

Bei Thorvald brauchte sie es mit der Aufsicht nicht erst minder genau zu nehmen, um ihn zu veranlassen, sich zu entfernen; er ließ sich so wenig halten wie ein Kal und hatte sich schon längst unsichtbar gemacht.

Als sie mit dem Scheren fertig war, räumte sie auf und fegte die Haare zusammen. Die längsten wurden sorgfältig herausgesucht und in eine Schublade gelegt, sie sollten mit richtiger Wolle zu Strümpfen kardiert werden.

Dann nahm sie eine Schürze um, verschloß beide Türen, damit ihr Mann nicht hineingehen und ein Unglück anstiften sollte, und machte sich auf den Weg zu Soifa.

Glaubte sie an die Zauberin?

Es war um Madam Franks Glauben überhaupt kläglich bestellt; hätte sie selbst Zeugnis darüber ablegen können, so hätte sie wohl wie jene Alten geantwortet, daß sie an ihre eigene Kraft glaube. Zum lieben Gott hatte sie nicht viel Vertrauen; sie hatte sich seinerzeit selber an ihn gewandt und hatte hundertmal nach gelegen und gehört, wie Frank ihn ansehete, er möge einen neuen, besseren Menschen aus ihm machen. Aber der liebe Gott hatte wohl beide Hände voll zu tun, wenn er Rechenhaftigkeit ablegen sollte über alle Spähensungen, die aus dem Nest fielen, ganz zu schweigen von allen den Kopphaaren, die sie zwischen Jahr und Tag in den Ofen steckte — hä!

Den Arzt zu fragen, konnte auch nichts nützen, denn der trank selber wie ein Büfstenbinder. Hätte er etwas ausgerichten können, so hätte er wohl dafür gesorgt, sich selber zu kurieren.

Und Soifa war ja nur ein Weibsbild, an ihr konnte

demnach wohl nicht viel sein. Aber die Leute sagten, sie stehe mit dem Teufel im Bunde; also bekam sie vielleicht von ihm ihre Kraft.

Verzaubern konnte sie einen jedenfalls. Erst neulich ging sie zu Mattis Laus und bettete, gerade als man beim Buttern war. Man gab ihr nichts, und man bekam auch keine Butter, weder an diesem Tage, noch später, obwohl die Kühe im Moor auf der Weide gewesen waren.

Eine Viertelmile südlich von der Stadt, wo die Grenzmark aufhörte, lag eine öde Ebene, die aus lauter kleinen Swinen bestand, hier und da mit etwas Heidekraut dazwischen.

Hier hatte einmal das Meer gemogt, und kleine Geröllkämme zogen sich in großen Bogen quer über die Ebene. Das waren die verschiedenen Küstenlinien, die das Meer im Lauf der Zeiten während seines beständigen Rückzugs eingezeichnet hatte. Um das Ganze herum, etwas oberhalb des jetzigen Strandes, lief ein langer Erdwall hin, ein Ueberrest der alten Schutzwehr von Bornholm. Auf der anderen Seite, nach dem Lande hin, wurde die unfruchtbare Ebene von einem großen Moor begrenzt, und wieder innerhalb dieses Moors hoben sich die fruchtbaren Acker zum Hochland dahinter empor.

Sie und da versuchte auf der windgepeitschten Fläche eine verkrüppelte Kiefer, einen Fuß oder zwei über die Umgebung hinauszuwachsen, hier und da hatte ein Steinschutthauer seinen Strohhalm aufgestellt, oder ein unternehmender Steinschlepper hatte sich durch die lose Steinschicht zu dem festen Sandsteinfelsen hindurchgearbeitet und ihn in großen, dünnen Flächen losgebrosen, die sich zu Fußböden und Brunnendecken eigneten. Am Abend aber gingen alle heim, zu den Häuschen hin, die sich von den Außenrändern näher und näher nach der Balkabeide vorwärts trafen.

Mitten draußen im Heidekraut lag eine verfallene kleine Hütte, die Behausung der Zauberin Soifa.

Nicht freiwillig wohnte sie da draußen in dieser unheimlichen Umgebung, die dazu beitrug, ihre Macht zu befestigen. Sie fürchtete sich vor Finsternis und Ueberfällen, obwohl niemand sich zur Nachtzeit ihrer Hütte zu nähern wagte. Aber sie hatte keinen anderen Zufluchtsort; die Hütte hatte sie von ihrem Vater geerbt, und kein rechtschaffener Mensch geirraute sich, sie für die Nacht bei sich aufzunehmen. So lag sie denn des Nachts hier draußen vor dem Dunkel und der Einsamkeit, während die Leute glaubten, sie feiere erotische Orgien mit dem Höllenfürsten in eigener Person.

Sie war überhaupt nicht freiwillig zur klugen Frau geworden.

Sie war ein armes Wesen, das sich nicht irgendwie nützlich machen konnte und unter anderen Umständen unfehlbar früher oder später verhungert wäre. Sie bettete ein wenig, maufte ein wenig und hungerte viel.

Aber ihre rinnenden roten Augen, die ganz von Haaren entblößt waren, der lauernde Ausdruck, den der Hunger ihr allmählich verliehen hatte, und ihre ganze garstige Gestalt machten einen abstoßenden Eindruck auf die Leute. Und da es sich nicht vermeiden ließ, daß im Lauf der Zeit da, wo sie sich gezeigt hatte, verschiedene glückliche und unglückliche Ereignisse eintrafen, starrte man sie mit bösen Augen aus und mit der Gabe, Geißel zu bannen.

Es dauerte eine Weile, bis sie mit ihrem geringen Bestand darauf verfiel, sich die Rolle, die man ihr aufzwang, zunutze zu machen; lange Zeit war sie sogar unglücklich und schämte sich, den Leuten vor die Augen zu kommen.

Allmählich aber wurde sie fester, erlernte besondere Gebärden und stand sich gut dabei.

Sie kannte nichts von den Pflanzen des Feldes, sondern pflückte und kochte alles durcheinander, und den Abjud verkaufte sie als Arzneimittel. Sie heilte kleine Kinder von Gebrechen und junge Menschen, die in der Nacht nicht trocken liegen konnten; sie besprach das Vieh, wenn es trüchlig war oder die Milch keine Butter lieferte.

Sie verdiente gut, und am Tage war sie unbefangen und frei; versuchte man ihr etwas abzuschlagen, so fürchtete sie sich nicht, verbülmte Drohungen auszustößen. In der Nacht war sie jedoch nach wie vor jämmerlich ängstlich vor dem Dunkel, und ihre Furcht vor Ueberfällen nahm jetzt zu, wo sie Tag für Tag Geld einnahm. Da versuchte sie, einen Menschen zu mieten, der in der Nacht draußen bei ihr schlafen sollte; aber niemand hatte den Mut dazu.

Als Madam Frank sich dem Hause näherte, stand Soifa gerade an dem offenen Schornstein und braute etwas über einem erstickenden Torffeuer zusammen. Sie hatte die Schürze nach Bornholmer Art um den Kopf gewickelt, so daß nur Augen und Nase sichtbar waren; beide Teile rannen um die Wette bei dem stehenden Rauch, der den ganzen Kaminraum füllte. Der Kochtopf hing an einem Eisenreifen, der irgendwo oben im Schornstein befestigt und mit einer Scharte versehen war, so daß er sich heben und senken ließ. (Fortsetzung folgt.)



Goa (Portugiesisch-Indien) sucht Kräfte für seine Firma „Companhia Luso Alemã“. Es handelt sich um ein unlautes Angebot. Die Firma besteht nur dem Namen nach. Mehrere junge Deutsche, die sich im vorigen Jahre von Vaterland haben verabschiedet lassen, haben die schlechtesten Erfahrungen mit ihm gemacht. Die Entlohnung war gänzlich unzulänglich bemessen, Gehalt erhielten sie aber überhaupt nicht, so daß sie schließlich die Heimreise antreten mußten. Es ist zu befürchten, daß in der nächsten Zeit noch häufiger der Versuch gemacht wird, die Gutgläubigkeit von Deutschen, die auswandern möchten, zu mißbrauchen. Es empfiehlt sich daher, über die Zuverlässigkeit eines jeden Arbeitsangebots nach dem Ausland vorher bei einer öffentlichen Auswandererberatungsstelle Erkundigungen einzuziehen, in Berlin bei der Gemeinnützigen öffentlichen Auswandererberatungsstelle, Berlin W. 10, Königin-Augusta-Str. 19 III, der früheren Hauptauskunftsstelle des Reichswanderungsamts.

## Die „lebenden“ Tongruben.

Vor kurzem wurden hier die versunkenen und vergessenen Tongruben in der Gegend zwischen Hermsdorf und Weidmannslust geschildert, die sich noch während des Abbaues mit Grundwasser füllten und heute zu hübschen Seen im Laufe des Flußtales geworden sind. Aber es gibt auch in der Umgebung Berlins noch eine Tonindustrie, die blüht und gedeiht und die sich nach den Erfordernissen des Tages hauptsächlich mit der Ziegelherstellung beschäftigt.

Ganz in der Nähe von Werder, dem Ort der Obstgärtner, liegt Bindow, das im Laufe der Jahre ein Ort der Ziegler geworden ist. Im „Geologischen Wanderbuch für die Umgegend von Berlin“ schildert Dr. Wenzel die Zusammenfassung dieses Tonvorkommens. Sicher ist die Ziegelindustrie hier schon sehr alt und geht gewiß zurück bis in die Zeit der Lehner Mönche. Die Tone, die hier gegraben werden, haben in der Wissenschaft den Namen Glindower Ton erhalten. In der Tiefe schaut der Ton als Tiefstes in dunkelgrauer Farbe zu uns herauf. Ueber ihm liegen helle Sande, die hin und wieder festig werden, ferner gelbe Mergeltonde, die wohl auch stellenweise in feste sandige Lehme übergehen. Als oberste Schicht deckt alles ein schichtungsloser, feiner Sand zu, in dem oft große Steine liegen. Er geht an anderer Stelle in Gipslehm über und ist der Abfall der letzten Vereisung. Am Rande der kleinen Schlucht zur Rechten ist er weggeschwemmt, nur wenige Reste von ihm sind noch erhalten geblieben. Hier stehen die unteren Sande durch ihn hindurch bis an die Oberfläche. Weiter nach der Höhe zu wird er mächtiger. Die darunter liegenden Sande sind urzeitlich wohl auch schichtgelagert gewesen, in ihnen finden sich Vögel, erfüllt mit braunen Holzresten, zwischen denen wohl hier und da auch Bernstein vorkommt. In Vertiefungen der rauh sich ausbreitenden Lager finden sich gelegentlich in diesen Sanden große Mengen von Gehäusen der Paludina diluviana, aber in abgerolltem Zustand auf sekundärer Lagerstätte, verschwemmt und zerbrochen, ein Zeichen, daß sie aus ihren tieferen Lagerstätten späterhin durch das Eis verschleppt, wieder ausgewaschen und in den Sand eingestrichelt worden sind. In dem Sande eingelagert finden sich dann die Mergeltonde und sandige Tonbänke, die meist von gelber Farbe sind und in denen auch mitunter schichtweise feine Kohlepartikeln zwischengelagert sind. Nach unten folgt der blaue Ton, der meist feingekübelt oder gebündelt ist und aus abwechselnd tonigeren und feinsandigeren Partien besteht. Er ist kalkreich, fossilfrei und enthält oft größere und kleinere Gerölle. Seiner Entstehung nach gehört er wohl an das Ende der mittleren Eiszeit und ist am Schluß derselben fernab von den Schmelzwässern in großen ruhigen Buchten, die gleichsam als Bläben dienten, entstanden. Er liegt denn auch an diesen Stellen unmittelbar dem Gipslehm auf, vielfach aber folgt unter ihm erst noch eine Sandbildung, die technisch von großer Wichtigkeit sein kann, denn sie macht es überflüssig in den Gruben eine Entwässerungsanlage anzulegen, vielmehr genügt es, wenn sie vorhanden ist, daß am Boden der Grube ein Graben durch den Ton hindurch, hinein in den Sand, gezogen wird, um dem Wasser die Möglichkeit des Abfließens zu geben. In den Sanden, die über dem Glindower Ton liegen, heben sich außer den Paludina-Schalen und anderen Konchylienresten, die ebenfalls auf sekundärer Lagerstätte liegen, noch vereinzelt Knochen von Rammot, Rhinoceros und auch Hirsch gefunden.

Die Gemirung des Tones geschieht so, daß in der Gegend der Säffel von oben her der Abraum fortgeräumt wird und die Tonlöcher freigelegt werden.

## Der Verführer der eigenen Tochter.

### Auch die Verführte wird bestraft.

Ein trübes Familienbild entrollte eine Verhandlung, die vor dem Großen Schöffengericht Tempelhof zur Verhandlung gelangte. Unter der Anklage der Blutschande hatte sich der Hilfsarbeiter L. zusammen mit seiner 20jährigen Tochter Klara zu verantworten.

Eines Tages war L. auf dem zuständigen Polizeiviertel erschienen und hatte Anzeige erstattet, daß ein in demselben Hause wohnender W. seine Tochter vergewaltigt habe und daß dieser Gewalttat nicht ohne Folgen geblieben wäre. Die Tochter hatte auch noch darauf einem Kinde das Leben geschenkt. Der auf diese Weise beschuldigte W. wies die Anschuldigung mit großer Entrüstung zurück. Es fiel auch auf, daß L. der zu Hause immer den strengen Vater gespielt hatte, den Verführer seiner Tochter in keiner Weise zur Rede gestellt hatte. Außerdem ging im Hause auch das Gerücht um, daß der Vater mit der Tochter intime Beziehungen unterhalte. In die Enge getrieben, hatte dann auch die Tochter unter Tränen schließlich eingestanden, daß die Beschuldigung gegen W. erfinden sei und daß der Erzeuger ihres unehelichen Kindes der eigene Vater sei, der sie, wenn er betrunken war, durch Drohungen und Gewalttätigkeiten gezwungen hätte, sich ihm hinzugeben. Die Folge war eine Anklage gegen Vater und Tochter wegen Blutschande. Der Vater blieb auch vor Gericht bei seinen Anschuldigungen gegen W., während die Tochter ihr Geständnis unter Tränen aufrecht erhielt. Das Gericht gelangte zu der vollen Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten und verurteilte L. zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, während die Tochter fünf Monate Gefängnis erhielt, da angenommen wurde, daß sie ein Opfer der Gewalttätigkeit ihres Vaters geworden sei.

## Schreiftellen-Vermittlung.

Das städtische Berufsamt Berlin-West, umfassend die Bezirke Charlottenburg, Tiergarten und Spandau, erhält durch die Schulverwaltung einige Monate vor dem Schulbeginn diejenigen Knaben und Mädchen gemeldet, welche die Schule verlassen. Eine große Anzahl hat sich bereits an das Berufsamt zur Beratung durch ihre praktisch erfahrenden und fachkundigen amtlichen Berufsberater gewendet; sie sind durch diese an Hand gutachtlicher Beurteilungen von Lehrern und Schulärzten geprüft worden. Das Berufsamt ist daher in der Lage, über ein gut geschichtetes Belegmaterial zu verfügen, so daß die Lehrbetriebe aller Berufe unter den Empfehlungen bestimmt die geeigneten Kräfte finden werden, zumal ein jeder von ihnen den festen Willen zur Arbeit und Neigung zu dem Beruf mitbringt. Die Lehrbetriebe werden daher — und nicht zuletzt in ihrem eigenen Interesse — bringen gebeten, ihre freiwerdenden Lehrstellen möglichst umgehend schriftlich oder telefonisch dem Berufsamt anzumelden. Die Vermittlung ist vollkommen kostenlos und erstreckt sich auf alle Zweige des Handels, des Handwerks, der Industrie, der Land- und Hauswirtschaft. Die Vermittlungstätigkeit findet werktäglich von 9 bis 11 Uhr, außer Sonnabend, im Berufs-

amt, Charlottenburg, Spreestraße 31 in der Nähe vom Untergrundbahnhof Wilhelmplatz bzw. für Spandau, Am Markt 1 und 6, Fernsprecher Spandau Nr. 415 statt. Telefonische Auskünfte durch Amt Wilhelm 7300—7303 oder Bezirksamt Charlottenburg, Nebenausschluß 273.

## Wie man sich Nebenverdienst verschafft!

### Aus den Geheimnissen der Inflationszeit.

Wie noch in Erinnerung sein wird, wurden in den letzten Monaten der Inflationszeit die Hausfrauen und Konsumenten wie das Wild hin und hergehert, trotzdem Waren genug da waren. Nach und nach kommt man den Geheimnissen jener Zeit auf die Spur und auch ein vorliegender Prozeß beleuchtet die Zustände jener Zeit.

In jener Inflationszeit wollten sich auch die Filialinhaberinnen und -verkäuferinnen einer großen Lebensmittelhandlung, die zahlreiche Geschäfte im Norden und Osten Berlins unterhält, eine

heute, Sonnabend abend, und morgen, Sonntag vormittag, in allen Abteilungen Berlins

## Flugblattverbreitung

Es ist Ehrenpflicht aller Mitglieder, an dieser wichtigen Parteiarbeit teilzunehmen. Der Bezirksvorstand.

Nebeneinnahme verschaffen; dabei versiefen sie auf ein recht bedeutendes Mittel. Sie legten nämlich einen Teil der Lebensmittel an Vormittag bei Seite und warteten die Dollartsteigerung während der Mittagspause ab, um dann die Waren auf eigene Rechnung zu dem höheren Preise zu verkaufen, wobei sie den Mehrerdiens in die eigene Tasche steckten. Durch die sich immer mehr verringenden Einnahmen in seinen Filialen wurde schließlich der Geschäftsinhaber stuhig und erbat die Urteile. — Ein halbes Dutzend Filialleiterinnen und -verkäuferinnen sowie Lehrmädchen wurden zusammen mit mehreren ihrer Verlobten wegen Unterschlagung und Hehlerei, sowie wegen Preistreiberi unter Anklage gestellt. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte die Filialinhaberinnen zu je drei Monaten, Verkäuferinnen und Lehrmädchen zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. In den Urteilsgründen war die Handlungsweise der Angeklagten als eine besonders verwerfliche bezeichnet worden, da sie in der Zeit der großen Not, als die Lebensmittel knapp waren und im Preise stiegen und zahlreiche Personen vergeblich nach Waren anstanden und auch aus Hunger Geschäfte plünderten, weil sie die hohen Preise nicht bezahlen konnten, den ärmsten Büchern mit den Lebensmitteln ihrer Firma getrieben hätten. Gegen das Urteil war Berufung eingelegt worden und die Strafkammer des Landgerichts I kam zu einer mildernden Auffassung des Falles. Die Verteidigung führte als strafmildernd aus, daß auch die Verkäuferinnen genau so wie das Publikum unter der wirtschaftlichen Notlage gelitten hätten und daß auch auf sie das schlechte Beispiel der Zeit, in der alle Welt sich einen Nebenverdienst zu schaffen versuchte, eingewirkt habe. Die Strafkammer rechnete den Angeklagten im Gegensatz zu dem Schöffengericht diese Romantik als Milderungsgrund an, setzte die Strafen wesentlich herab und gewährte den Angeklagten außerdem Bewährungsfrist gegen Zahlung von Bußen von 100 bis 200 M.

## Herabsetzung der Werkstarife!

Die Berliner Wertverwaltungen beraten zurzeit über eine demnächst vorzunehmende Herabsetzung ihrer Tarife. Wie wir hören, soll beabsichtigt sein, den Tarif für elektrische Kraft und Licht von 18 auf 16 Pf. für das Kubikmeter Wasser von 19 auf 17 Pf. herabzusetzen und auch den Gaspreis in gleichem Ausmaß zu ermäßigen. Ueber die Ermäßigung des Tarifs für Wasser und Elektrizität bestehen kaum noch Meinungsverschiedenheiten. Schwierigkeiten ergeben sich nur bei der Herabsetzung des Gasstarifs. Sie sind in der augenblicklich schwierigen Lage der Gaswerke begründet, bei denen der Absatz der erzeugten Koks mengen zurzeit auf ungewöhnliche Schwierigkeiten stößt. Betrachtliche Mengen Koks einzelner Gaswerke können zurzeit nicht abgesetzt werden. Dadurch verschlechtert sich die augenblickliche Finanzlage der Werke, die infolgedessen Bedenken tragen, in eine Ermäßigung der Tarife leicht einzuwilligen. Es ist der Gedanke aufgefaßt, ähnlich wie bei den Elektrizitätswerken den Gasstarif in eine Grundgebühr (Miete) und eine Leistungsgebühr für die abgenommene Gasmenge zu teilen. Wir möchten gerade bei den Gaswerken vor einer solchen Lösung von vornherein aufs entschiedenste warnen. Sie könnte nur — anders als beim Elektrizitätstarif — eine sehr ungerechte und unsoziale Maßnahme sein, die in diesem Fall bei den Rinderemittelteilern sicher zu einer Verteuerung des Tarifs führen wird. Die Direktion der Gaswerke wird sich diesen Erwägungen wahrscheinlich selbst kaum verschließen. Wir hoffen, daß sie allen Berufungen ähnlicher Art, wenn sie an sie herangetragen sollten, energischen Widerstand leisten. Wir sind auch der Meinung, daß die jetzt beabsichtigte Ermäßigung der Tarife, die von der Oktoberstandsabnahme in Kraft treten soll, nur eine weitere Abschlagszahlung sein kann und daß der Abbau der Berliner Wertstarife damit noch keineswegs vollendet sein kann. Auch wenn diese Ermäßigungen erfolgt sind, wird noch ein erheblicher Spielraum für einen weiteren Abbau übrig bleiben, der namentlich dann wird erfolgen müssen, wenn die jetzt durchgeführten und mit beträchtlichen Mitteln betriebenen Erneuerungsarbeiten zu einer weiteren Steigerung der Rentabilität der Werke geführt haben. Der ungeheure Vorteil der Einheitsgemeinde, die damit verbundene Zusammenlegung der Werke in wenige wirklich leistungsfähige Produktionsstätten, muß immer mehr auch darin zum Ausdruck kommen, daß Groß-Berlin die Stadt mit den billigsten Wertstarifen wird.

Die vernünftige Organisation der Welt behandelt eine große öffentliche Kundgebung, die gelegentlich des internationalen Geschichtskongresses (einberufen von den entschiedenen Schulreformern 2. bis 4. Oktober Schöneberger Rathaus) am 3. Oktober stattfindet. Hauptredner ist der römische Professor Dr. E. H. S. Zahlreiche deutsche und ausländische Kulturpolitiker sind als Teilnehmer gemeldet. Programme und Tagungsarten (3 M.) durch „Wertfreude“, Berlin, Magdeburger Str. 7.

## Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 13. September.  
Tageseinteilung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Verbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Hörsenbericht.  
4.30—5.30 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle).  
5.45 Uhr nachm.: Vortrag des Herrn Schontek: „Solang“ noch unter Lindau... Vom Brandenburger Tor zum Schloß. Eine kulturhistorische Wanderung. 7.45 Uhr abends: Vortragsreihe: „Südamerika“, I. Vortrag: „Im subtropischen Brasilien“, Dr. phil. Hugo Postko (Buenos Aires). 8.30—10 Uhr abends: Feuchtrühelche Kunst Mitwirkende: Alfred Braun, Rezitation: Theodor Hieber (Staatsoper, Berlin), Trinklieder: Das Cornettquartett der Staatsoper. Am Stainway-Flügel: Kapellmeister Otto Urrack. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Sportnachrichten, Wettordienst. 10.30—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

## Abbau in Pankow.

### Bürgerklub von Deutschnationalen bis Demokraten.

Am 19. Bezirk (Pankow) haben am 10. September 1924 die vereinigten bürgerlichen Parteien ihren Haß gegen das in seiner Zusammenfassung nicht ihren Wünschen entsprechende Bezirksamt Luft gemacht, indem sie den Abbau unseres Genossen, Bezirksbürgermeister Kubig, und den des kommunistischen Stadtrats Menz beschlossen haben.

Zur Vorgeschichte dieses Abbaues sei bemerkt, daß der Ausschuß für den Abbau von Bezirksamtsmitgliedern am 4. April 1924 beschlossen hatte, vier besoldete Bezirksamtsmitglieder abzubauen, von der Bezirksversammlung wurde auf demokratischen Antrag die Zahl auf drei bemessen. Nachdem der Magistrat für den Abbau zwei Bezirksamtsmitglieder bestimmt hatte, wurde von dem demokratischen Vorsteher der Ausschuß vor etwa 8 Tagen zusammenberufen und in dieser Sitzung erklärten die gesamten bürgerlichen Vertreter scheinheilig über die Personenfrage überhaupt noch nicht verhandelt zu haben und die Personen erst in der Bezirksversammlung nennen zu wollen. Hierzu lag ein von allen bürgerlichen Parteien gestellter Antrag auf geheime Sitzung vor, der gegen den Protest der sozialistischen Vertreter angenommen wurde, weil angeblich der Anstand es geböte, die für die betreffenden Personen unliebsamen Dinge nicht öffentlich zu verhandeln. Eigenartig wirkte es jedoch, daß die von bürgerlicher Seite namentlich zu erwartende Bitte der Untergaben ausblieb. Man beschränkte sich lediglich darauf, den § 20 Absatz 1 der P.V., der von dem Wert der dienstlichen Leistungen spricht, anzuführen. Trotzdem von unserer Seite geeignete Vorschläge gemacht wurden, die eine wirkliche Erparnis bringen, hat man doch den in jeder Weise gegen den § 21 der P.V. verstößenden Beschluß gefaßt, der es verbietet, von politischen Erwägungen beeinflusst abzubauen. Damit die Sache so schnell wie möglich geht, hat die bürgerliche Mehrheit die Einspruchsfrist auf drei Tage und auch gleich eine neue Sitzung zum 17. d. M. angelegt, nachdem man die Wahl eines Ausschusses zur Entgegennahme der Einsprüche abgelehnt hatte. Darauf hat man noch den völlig ungeschäftsordnungsmäßigen Beschluß gefaßt, die nächste Sitzung nicht öffentlich abzuhalten. Man sieht, im Bezirk Pankow feiert der Bürgerklub Triumph, und die Demokraten tanzen an der Strippe der Völkisch-Nationalen.

## Zuschüttung des Luisenstädtischen Kanals.

Die Verkehrsdeputation beriet in ihrer gestrigen Sitzung ein von der Tiefbauverwaltung vorgelegtes Projekt auf Zuschüttung des Luisenstädtischen Kanals. Dieser Vorschlag wurde im Prinzip allgemein begrüßt. Der Kanal ist in den Jahren 1845 bis 1850 unter ganz anderen Bedingungen gebaut und heute als Kanal vollständig überflüssig geworden. Die anliegende Bevölkerung wird es sicher begrüßen, wenn an Stelle der nicht sehr wohlriechenden Wasserflächen Grünflächen und Anlagen entstehen werden. Die Aufbringung der nicht unwesentlichen Kosten wird dadurch etwas erleichtert werden, daß die beiden projektierten Untergrundbahnen (die U.S.B. Bahn vom Hermsdorf nach Gesundbrunnen und die städtische Bahn von Treptow nach Roßb.) mit deren Bau in absehbarer Zeit zu rechnen ist, bei Zuschüttung der Bahn auf die kostspielige Untertunnelung verzichtet und als reine Unterpassbahnen geführt werden können. Die Erparnisse, die dadurch zu erzielen sind, werden voraussichtlich ausreichen, um die Kosten für das aus städtebaulichen Gründen sicher zu begrüßende Projekt zu tragen. Allerdings wird es von der Auffassung des Projekts bis zu seiner endgültigen Durchführung noch ein langer Weg sein. Es sind dazu noch lange Verhandlungen mit den Reichsbehörden nötig, deren Zustimmung noch der Befassung erforderlich ist. Biletsch wird es aber möglich sein, den Plan im Laufe von zwei bis drei Jahren zur Durchführung zu bringen.

Die Verkehrsdeputation nahm in derselben Sitzung auch Kenntnis von weiteren Ausbauten der Straßenbahn. U. a. ist beabsichtigt, die Straßenbahn auf der Heerstraße über den Bahnhof Heerstraße hinaus nach Spandau durchzuführen. Ferner sollen Bohnsdorf und Lübars im Frühjahr des nächsten Jahres Straßenbahnanschlüsse erhalten.

## Fremdenheime gegen Abbau der Wohnungswirtschaft.

Auf der Tagung des Verbandes Deutscher Fremdenheime e. V. sprach Wilhelm Ruh-Königsberg i. Pr. über Wohnungswirtschaft und Fremdenheime. Das Gewerbe verträge die durch eine Aufhebung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume zu erwartende Mietssteigerung nicht. Es muß angefaßt die Frage geklärt werden, ob derartige Räume als gewerblich anzusehen sind oder nicht. Die plötzliche Freigabe der Wirtschaft würde zu einer verdreifachten Friedensmiete führen, wobei ein leeres Zimmer unter Berücksichtigung der Abgaben 5,00 M. je Tag kosten würde. Auch andere Redner erklärten, daß ein Abbau der Zwangswirtschaft nur allmählich erfolgen könne.

Das Angebot an möblierten Zimmern hat, wie W. W. meldet, in einzelnen Gemeinden in den letzten Monaten derartig zugenommen, daß ein besonderer Schutz der Mieter möbliertem Zimmer nicht mehr notwendig erscheint. Der Reichsarbeitsminister hat daher bei den Regierungen der Länder angeregt, die Wohnungszwangswirtschaft für möblierte Räume in derartigen Gemeinden aufzuheben. Die Entscheidung für welche Gemeinden die Aufhebung erfolgt, liegt bei den zuständigen Ministerien der Länder.

## Wieder ein Opfer Haarmanns.

Ein neues Opfer des Rassenmörders Haarmann scheint ein junger Mann geworden zu sein, der seit dem Herbst 1922 nicht wieder aufgetaucht ist. Es handelt sich um einen 18 Jahre alten tschechoslowakischen Staatsangehörigen, der bei einer Berliner Firma, wahrscheinlich einer Autofirma, angestellt war und sich hier eine Unterzahlung hatte zuzuschulden kommen lassen. Mit dem unterschlagenen Gelde war der junge Mann nach Hannover gefahren und ist dort in Begleitung des Wirtskäfers des Haarmann, Wittkowski, gesehen worden. Wahrscheinlich hat er Wittkowski davon erzählt, daß er Geld veruntreut hatte und dieser hat verlangt, daß die Beute geteilt werden solle. Beide sind dann zusammen von Hannover abgereist. Als Wittkowski nach einiger Zeit zurückkehrte, trug er die goldene Uhr des jungen Mannes, sowie dessen Regenmantel. Der junge Mann selbst ist seither spurlos verschwunden.

„Junahme der Rot — Junahme der Arminialität.“ Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Rote Fahne“ eine Notiz, in der festgestellt wird, daß ein wegen Faltschmüßerei kürzlich verhafteter Graveur W. aus Reutken ein altes Mitglied der sozialdemokratischen Partei sei. Der Verhaftete habe eine Frau und sieben Kinder und habe nur aus Rot zur Faltschmüßerei gegriffen, da er bereits über ein Jahr arbeitslos sei. Dazu wird uns mitgeteilt, daß, soweit bekannt, W. nicht Mitglied der Partei ist, da er, solange er in der Reutkenen Siedlung wohnt, weder Beiträge bezahlt noch sich sonst an der Parteiarbeit beteiligt hat. Bekannt ist allgemein, daß W. Inhaber einer Gravieranstalt ist und auch Lehrlinge ausgebildet hat, so daß die Behauptung, er sei ein Jahr arbeitslos, nicht zutreffen kann. — Wir bringen diese Feststellung, um aufs neue zu betonen, daß bei den „Entpflanzungen“ der „Roten Fahne“ sich immer das Gegenteil als richtig herausstellt.



Der Kampf gegen Paulsen.

Warum die Kommunisten Handlangerdienste leisten.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist den Bürgerlichen am Donnerstag der Triumph beschieden gewesen, daß ihre Pläne zum Abbau des Magistrats...

Den Sieg verdanken die Bürgerlichen, wie in der 'Vorwärts'-Ausgabe vom Freitagmorgen hervorgehoben wurde, allein den Kommunisten. Aus politischen Gründen haben die Kommunisten für Paulsens Abbau gestimmt...

Bereits bemühen sich die Kommunisten, durch solches Geschick und Geschimpf zu bemänteln, daß sie aus bornierter Bosheitpolitik sich zu Handlangern der Schulreaktion hergegeben haben.

Ergebnisse des Weltpostkongresses.

Der Weltpostkongress, der am 28. August geschlossen worden ist, hat eine Anzahl wichtiger Ergebnisse gezeitigt...

Für die Briefgebühren wurden neue Grundlagen beschlossen, namentlich gewisse Mindestsätze, unter die kein Land herabgehen darf. Die Gebühr für den einfachen gewöhnlichen Brief muß künftig zwischen 20 und 40 Goldcentimen liegen...

Auch im Paketverkehr sind Neuerungen eingeführt. Alle Länder, die das Paketabkommen ausführen, müssen das 1-Kilogramm-Paket zulassen. Dies in jedes Paket einzulegende Doppelausschrift soll auch die Anschrift des Absenders enthalten.

Eine ehrliche FINDERIN von 2000 Rentenmark schreibt und: 'Lieber Vorwärts! Am 28. August, abends 7 Uhr, fand ich am Eingang zum Untergrundbahnhof 'Kaiserhof' eine Geldtasche mit ca. 2000 G.-M. Inhalt...

Sieben Personen bei einem Zusammenstoß verkehrt. In der vergangenen Nacht gegen 11 1/2 Uhr stieß der Autobus IA 12829 der Linie E mit einem Privatkraftwagen vor dem Hause Sud-

peter Str. 21 derart zusammen, daß der Führer des Autobus die Gewalt über die Steuerung verlor und über die Bordwand hinweg gegen die Hausmauer fuhr.

Einen schrecklichen Selbstmord beging gegen 9 1/2 Uhr abends ein etwa 30 Jahre alter Mann. Der Unbekannte warf sich in der Seebrücke in Wlissingen vor eine vorbeifahrende Feldbahn...

Im Affenhaus des Zoologischen Gartens ist jetzt zu 'Cobby' und 'Suft', den beiden jungen Schimpansen, die die erklärten Lieblinge des Publikums sind und auf ihren Spaziergängen stets von einer großen Schar Besucher begleitet werden...

Jugendweih im Großen Schauspielhaus

Karlstraße, Sonntag, 14. Sept., vormittags pünktl. 11 Uhr. Mitwirkende: Meinedescher Männerchor (Chorleiter D. A. Joseph), Herr Willy Jaeger (Orgel), Herr Armin-Liebmann (Cello), Weberode: Herr Dr. Rich. Lohmann, ferner Sprecher der proletarischen Feierskuden...

Eintrittskarten zum Preise von 1 Mark für Erwachsene und zum Preise von 50 Pfennig für Kinder sind im Jugendsekretariat, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Tr. und am Sonntag noch an der Kasse erhältlich.

Ordner der Proletarischen Feierskuden. Die Ordner werden gebeten, zu der am 14. stattfindenden Jugendweih im Gr. Schauspielhaus früh 8 Uhr am bekannten Treffpunkt pünktlich zu erscheinen.

Urlaub zur Teilnahme an der Tagung 'Jugend und Bühne'. Um Lehren und Schülern den Besuch der vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Frankfurt a. M. vom 15. bis 17. September veranstalteten Tagung 'Jugend und Bühne' zu ermöglichen...

Die Republikanische Studentenschaft an der Handelshochschule Berlin bittet die republikanischen Studenten, Hospitanten und Hörer an der Handelshochschule um Angabe ihrer Adresse an die Geschäftsstelle des Bundes: Berlin, Halensee, Eichenstraße 8 II links.

Die Streiklist der Republik. Am Montag, den 15. September, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Gauverband Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold einen Vortragsabend in der Germania-Hallen (Welter-Saal), Chausseestraße 110...

Die Norddeutsche Seefahrt des Amerika-Zeppelins mußte verschoben werden. Die Verladung, soll die Norddeutsche Seefahrt nicht nach Schweden führen, sondern bis nach Königsberg ausgedehnt werden.

Erdbeben auf Island. In Kopenhagen laufen Mitteilungen aus Island ein über ein neues gewaltiges Erdbeben. An den Westküsten Islands ist das Zentrum der neuen vulkanischen Ausbrüche, wobei inwieweit jede Sekunde neue heftige Erdstöße erfolgen...

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

- 1. Kreis Mitte. Sonntag, den 14. September. Beschäftigung des Westkreises. Treffpunkt 9 1/2 Uhr Bahnhof Jutilstraße.
2. Kreis Tiergarten. Bildungs-Kommission. Montag, den 15. September, bei Arthur, Jutilstraße 10, Sitzung.
6. Kreis Kreuzberg. (4., 44., 45., 46. und 47. Abteilung). Die Genossen, die am Sonntag früh an dem Spaziergang des RB. teilnehmen, können schon heute abend von 5-6 Uhr die Flugblätter in den bekannten Lokalen abholen.
14. Kreis Kreuzberg. Anbesuch des Botanischen Gartens am Sonntag, den 14. September. Abfahrt: Abteilung Parlow 9 1/2 Uhr.
20. Kreis Reinickendorf. Sonntag, den 14. September, nachm. 3 Uhr im Jugendhaus, Seebühlstraße hinter dem Sportplatz, Schornsteinstraße. Teilnehmerform 30 W. Jugendliche 45 W. Kinder 10 W. zum Besen des Jugendbundes.

Heute, Sonnabend, den 13. September:

- 11. Hf. Die Genossen werden gebeten, die Flugblätter abends 6 Uhr beim Grenellen Berger, Erdmann, Ecke Jockulstraße abzuholen.
14. Hf. Die Flugblätter sind bei Dietrich, Eichenbühlstraße, abzuholen.
22. Hf. Flugblattverteilung Sonnabend nachm. von 5-7 Uhr und Sonntag von 9 Uhr früh ab: 1. Reuter, Führer Str. 13, 2. Kopyan, Bräuser Str. 6, 2. Gents, Krieger Str. 10.
26. Hf. Flugblattverteilung heute nachmittags ab 4 Uhr und Sonntag ab 9 Uhr vormittags vom Lokal Jockul, 7 aus.
31. Hf. Ab nachm. 5 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus.
39. Hf. Die Flugblätter sind vom Gen. Lucht, Lindenstr. 2, heute bis 3 Uhr und Sonntag bis 11 Uhr vormittags abzuholen.
41. Hf. 5 1/2 Uhr in den Lokalen von Schmidt, Eiman, Schuler, Dake und Schulz Antreten zur Flugblattverteilung.
44. Hf. Bezirksleiter! Abholung der Flugblätter nachm. 4 Uhr bei Ebert, Oranienstr. 196. 84. Geschäftsst. ab nachm. 4 Uhr Lokal Schilb, Admiralstraße 5.
48. Hf. Funktionäre! Heute nachmittags 5 Uhr Flugblätter abholen.
101. Hf. Kreispf. Flugblattverteilung abends 6 Uhr von der Vorwärts-Clubstation aus. - Bekannte Genossen Sonntag früh 9 Uhr ab.
104. Hf. Reichsheimweide. Treffpunkt zur Flugblattverteilung abends 6 Uhr bei Thiele, Berlin Str. 20.
113. Hf. Eichenberg. Heute nachm. 5 Uhr und Sonntag vorm. 10 Uhr Flugblattverteilung bei Sieff, Wittenbergstraße.
116. Hf. Reinickendorf-Or. Die Bezirksleiter holen die Flugblätter heute, Sonnabend, ab 4 Uhr aus der Vorwärts-Clubstation (Gen. Sobie), Preussische Str. 66, ab. Alle Mitglieder haben sich Sonntag vormittags an der Flugblattverteilung zu beteiligen.
Jungsozialisten, Gruppe Friedrichs. Fahrt nach Herder-Rolpines. Treffpunkt 9 1/2 Uhr Bahnhof Wilmersdorf-Friedrichs.

Morgen, Sonntag, den 14. September:

- 3. Hf. Vormittags 9 Uhr Flugblattverteilung vom Lokal Kräger, Engelw. 23 aus.
8. Hf. Die Bezirksleiter treffen sich früh 8 Uhr zu einer Besprechung bei Richter, Eichenbühlstr. 10. Sämtliche Genossinnen und Genossen um 8 1/2 Uhr abends zur Flugblattverteilung.
9. Hf. Früh 9 Uhr Flugblattverteilung vom Lokal Wöner, Wilmersdorf Str. 34 aus.
25. Hf. Früh 8 1/2 Uhr Treffpunkt zur Flugblattverteilung in den Schlafenlokale.
27. Hf. 8 1/2 Uhr Treffpunkt zur Flugblattverteilung bei Weiser, Baumstraße 2.
42. Hf. Die Bezirksleiter holen die Flugblätter spätestens bis Sonntag früh von Wiersdorf, Urbanstr. 6, ab.
43. Hf. Vormittags 9 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus.
47. Hf. 8 1/2 Uhr Flugblattverteilung vom Genossen Siebentag, Mustauer Straße 35 aus.
Oberstadtung. 56. Hf. Früh 9 Uhr bei Herrl, Rantz. 62. Treffpunkt zur Flugblattverteilung - 57. Hf. 1. Gruppe: Sonnabend von 7 bis 8 Uhr abends und Sonntag früh von 8-9 Uhr Flugblätter abholen bei Wendt, Rantz. 61.

- 80. Hf. Eichenberg. Früh von 8-10 Uhr Flugblattverteilung vom Abteilungsl. Grotz, Röhren-, Ecke Poststraße aus.
82. Hf. Steglitz. Früh 9 1/2 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus. Die Bezirksleiter holen die Flugblätter am Sonntag von Hamburg ab.
83. Hf. Wilmersdorf. Früh 9 Uhr Treffpunkt zur Flugblattverteilung für den Osten: bei Berner, Rosenbühl: Bekant: Quant: Rolfe: 21.
91. Hf. Kreuzberg. Flugblattverteilung der oberen Bezirke von Affler, Reichsheimweide, 4. aus. Bezirk Engel vom Bezirk, Bezirk Alexander von Stadmann aus. Jeder Bezirke muß Sonntag früh 9 Uhr zur Stelle sein.
106. Hf. Reinickendorf. 8 1/2 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Lokalen aus: Schulz, Wilmersdorf, 24, Kopyan, Röhren-Str. 15, Schlegel, Rantz. Str. 6.
117. Hf. Eichenberg. Treffpunkt zur Flugblattverteilung früh 9 Uhr bei Reuter, Wilmersdorf, Ecke Wilmersdorf, Reumann, Poststraße, Ecke Emanuelstraße.
120. Hf. Reinickendorf. Beschäftigung des RB-Museums. Treffpunkt vorm. 9 Uhr Bahnhof Wilmersdorf-Friedrichsstraße.

24. und 25. Hf. Montag, den 13. September, 7 1/2 Uhr. Schulaula, Weismann Str. 15, Frauenversammlung. Richtige Orientierung des Genossen Dr. Georg Bismarck. Die soziale Bedeutung der Gesundheitsfragen - ihre Bekämpfung und Verhütung. - Gäste können eingeführt werden.

Jugendveranstaltungen.

Osten Str. 21. Fahrt 'Reisland'. Treffpunkt heute abend 9 1/2 Uhr Bahnhof Stralau-Nummelburg.

Morgen, Sonntag, den 14. September:

Steglitz. U. Fahrt: Teltow-Potodam-Barnack. Treffpunkt 7 1/2 Uhr am Bahnhof Steglitz. - Wedding: Fahrt: Röhrenbühl-Postberg. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Wedding. - Wilmersdorf: Fahrt: Reinickendorf. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Wilmersdorf.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'

Geschäftsstelle: Berlin S.W. 14, Seebühlstr. 17/18, Hof 2 Tr. Kreisverband 'Reinickendorf'. Am Sonntag, den 14. September, Treffpunkt zum gemeinsamen Ausflug nach Reichenowen 12.15 Uhr vor der Hagen-Hausen, Reinickendorf. 12.45 Uhr Stadtbahnhof Alexanderplatz, Eingang Neue Königstraße. Folgendes Reiseprogramm...

Freizeitliche Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr, Poppelallee 15, Kottbuscher Platz. Dr. W. Rosenberger: 'Der heilige Augustin'. Gäste willkommen.

Karlsruher-Verein 'Die Roten' in Berlin. Dienstag, den 16. September, in der Schule Wilmersdorf, Str. 47/48. Vortrag von S. Friedberg: 'Fetzers Schulgedanken und Berliner Gewerkschaftsschulen'. Beschäftigung von Material der freien Schulen um 7 Uhr. Gäste herzlich willkommen.

Arbeitersport.

Karlsruher-Turnverein. Sport und Körperpflege, 14. Bezirk, Montag, den 15. September, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Ependorf, Grünauer Str. 5. Karlsruher-Turnverein. Bericht vom Karlsruher-Turnverein.
Sport-Abteilung Wilmersdorf. Leichtathletik - Heden - Tennis. Jeden Mittwoch, 8-10 Uhr. Balltraining im Gymnasium Karl-Liebknecht-Str. 2. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend Training im Stadion Eichenberg. Alle Sportgenossen, die für den Sport-Abteilung Wilmersdorf, müssen sich unbedingt im Stadion an den nächsten Wenden einstellen. Die Tennis-Spieler haben ebenfalls am Balltraining teilzunehmen. Die Badenspieler haben wieder jeden Donnerstag Übung bei Witz, Grünauer Str. 5.

Großes Arbeiter-Fußballturnier am Sonntag, den 14. September. Fußballturnier I gegen Stern-Marienfelde I nachmittags 5 Uhr; Fußballturnier II gegen Stern-Marienfelde II nachmittags 8.15 Uhr. Jugendmannschaften. Fußballturnier I gegen Reinickendorf I vormittags 10.45 Uhr; Fußballturnier II gegen Reinickendorf II nachmittags 9.30 Uhr. Alle Spiele finden auf dem Städtischen Sportplatz, Jockulstr., Ecke Kaiser-Friedrich-Str. statt.

104. Hf. Kreis-Vorwärts. (Mitglied der KKB) Vereinsabend: Otto Krenn, Reinickendorf, Hagenbühlstr. 21. Treffpunkt: Reinickendorf 1638. Männerturnverein Eichenberg. 14. September, abends 7 1/2 Uhr. Jugendturnier im Stadion Eichenberg. Männer- und Jugendmannschaften werden nach Mithrasheim eingeladen. - Der Verein Reinickendorf am Sonntag, den 14. September, ein großes Herbstturnier in Reichenow. 'Jockulstr.'-Reinickendorf. Etablierung der Strohballspiele 47. Anfang 7 Uhr. Alle Freunde des Vereins sind herzlich eingeladen.

Freie Turnerschaft Reinickendorf. Sonntag, den 14. September. Abturnen des Vereins nachmittags 5 Uhr auf dem Städtischen Sportplatz Eichenberg. Fußballturnier und sonstige Wettkämpfe. Nachmittags 3 Uhr auf dem Sportplatz am Domänen Freilungen und Spielen. Ringen.

Abturnen des RB. Sonntag. Die Abturner, veranstaltet am Sonntag, den 14. September, der RB. Sonntag sein Abturnen auf dem Sportplatz Tiergarten. Das Leben im Freien hat damit sein Ende erreicht und wird wieder in die Hallen verlegt. Es gilt an diesem Tage zu zeigen, was im Sommer gelernt worden ist. Als Nachbild dient der Vergleich zu dem im Frühjahr festgestellten Abturnen. Die Veranstaltung baut sich in Form eines internen Vereinswettkampfs auf. Gezeigt werden Einzel- sowie Mannschaftskämpfe. Den Schluss bildet ein Fußballspiel zwischen RB. Sonntag und RB. Wilmersdorf. Beginn des Abturnens 1 Uhr nachmittags. Eltern sowie Freunde sind herzlich eingeladen.

Freie Schwimmverein Charlottenburg. 14. 6. U. Der Verein vom Schwimmverein Charlottenburg, nach der Badenbeendigung am Sonntag, den 14. September, abends 7 1/2 Uhr, im Stadion Eichenberg. Der Badenabend der Abteilung Wilmersdorf in der Domänenstraße ist ab 10. September Sonntag abends von 7-8 Uhr, nicht Donnerstag.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Freitag, den 12. September.

- 1. Rennen. 1. Miltene (Hans Schewener), 2. Artzeusfelden (R. Lohmann), 3. Alfred B. (H. Witt) Toto: 162 : 10. Platz: 33, 42, 46 : 10. Ferner liefen: Dong Rindgen, Greil II, Paula Bingen, Margareth B. Donna, Kristall, Willy Pilot, Wainca, Stumm, Poltha, Kämpfer, Corona Race Rinner.
2. Rennen. 1. Witta H. (Weidmüller), 2. Paula H. (E. Switzer), 3. Alpenreiter (Waldner). Toto: 26 : 10. Platz: 19, 21 : 10. Ferner liefen: Seldere, Primm, Kapellmeister.
3. Rennen. 1. Amogonta (E. Trenberg), 2. Harry B. (E. Gerlson), 3. Artore (Weidmüller). Toto: 197 : 10. Platz: 19, 31, 40 : 10. Ferner liefen: Cobra, Zell, Precious Balls, Dley B.
4. Rennen. 1. Bonicejna (E. Hermann), 2. Seldere H. (Hummung), 3. Heigelst (Daly). Toto: 107 : 10. Platz: 44, 20, 162 : 10. Ferner liefen: Palmer S, Alex Bingen, Raffanig II, Kronprinz I, Prinz Rudolf, Alpenreiter, Baron Baltz jr. Schneemalk, Walfisch, Mabel.
5. Rennen. 1. Edward (Wittshire), 2. Gansell (E. Trenberg), 3. Doritha (Weidmüller). Toto: 12 : 10. Platz: 18, 30 : 10. Ferner liefen: Alfred B., Stuart Webb, Satyr.
6. Rennen. 1. Barnald (Andradel), 2. Copal (Weidner jr.), 3. Aligold (Glas). Toto: 97 : 10. Platz: 18, 14, 20 : 10. Ferner liefen: Wary Rogers, Champion Goud, Kanganatred, Peter Darreiter, Citran, Prinzeh Vertha.
7. Rennen. 1. Jdaja (R. Ringius), 2. Kapitain Galle (E. Weigl), 3. Delos (E. Lautenberg). Toto: 24 : 10. Platz: 18, 13 : 10. Ferner liefen: Bumler, Ratalis.
8. Rennen. 1. Glänzig B. (Wittshire), 2. Rosa Forbes (E. Lautenberg), 3. Rartha III (E. Weigl). Toto: 127 : 10. Platz: 44, 26, 27 : 10. Ferner liefen: Ballontönig, Willy Gregor, Sturm, Deidemann, Nibel Angelo, Germania B., Willy I, Della, Wollander.
9. Rennen. 1. Hede (Wittshire), 2. Long Wila (E. Weigl), 3. Offenmagda (Weidmüller). Toto: 33 : 10. Platz: 18, 15, 14 : 10. Ferner liefen: Darde, Angriß, Dauditz, Longobarda, Prinz Dagoman, Jürk, Dubmüll I, Adler.

Briefkasten der Redaktion.

H. H. 1. Nach unserer Ansicht können Sie, da Sie der Anfertigung der Zentralbeilage zugestimmt haben, mit ihr einverstanden erklärt haben, die Briefkastenbeilage der Zeitung nicht zu unterbreiten. Sie brauchen jedoch nichts zu unternehmen. - G. R. 100. Der Hausmeister ist im Recht.

Weiter für Berlin und Umgebung: Weißer Hälter bewilligt, ohne erhebliche Niederschläge. Temperaturen wenig verändert. - Für Deutschland: Im Nordwesten einzelne leichte Regenfälle, überall bewölkt bei frühen Südwindstößen.







## Die Erwerbslosenfürsorge.

### Verbesserungsvorschläge.

Von Landrat Vogl - Sickenwerda.

Die noch immer sehr hohen Zahlen der Erwerbslosen lassen den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge als dringende Pflicht erscheinen.

Nachdem durch Erlass des Ministers für Volkswohlfahrt vom 18. August 1924 die Einrichtung der engeren und weiteren Gefahrengemeinschaft bei Provinz und Land angeordnet ist, ist im Grunde genommen das Ziel der Arbeitslosenversicherung erreicht. Es müssen jetzt die an drei Stellen befindlichen bzw. noch anzuführenden Geldbeträge für die Erwerbslosenfürsorge aufgebracht sein, ehe Reich und Staat Zuschüsse leisten. Sehr leicht wird dieser Fall nicht eintreten. Es liegt nahe, zu sagen, man möge jetzt vollständige Arbeit machen und die Erwerbslosenfürsorge genannte Arbeitslosenversicherung als solche bezeichnen und behandeln, weil dann viel Ärger und Anstoß in der Praxis vermieden würde.

Es ist sicherlich technisch durchzuführen, in ähnlicher Weise wie bei der Invalidenversicherung oder sogar in Anlehnung an dieselbe die Frage der Beitragspflicht für Arbeitgeber und -nehmer zu regeln. Dieser Beitragspflicht müßte auf der anderen Seite das Recht auf die Fürsorge gegenüberstehen ohne Einschränkung, wie sie z. B. durch den dehnbaren Begriff „Kriegsfolge“ und den ebenso dehnbaren Begriff „Bedürftigkeit“ jetzt hervorgerufen werden. Das Ziel der Gefahrengemeinschaften ist letzten Endes das: Reich und Staat möglichst von Zuschüssen frei zu halten, und das scheint im größtmöglichen Umfang bereits gelungen zu sein. Die Ausgleichskassen könnten nach und nach finanziell so aufgebaut werden, daß sie auch den stärksten Konjunkturschwankungen gegenüber ausreichend zahlungsfähig bleiben würden.

Wenn also öffentliche Mittel nicht mehr oder doch nur in Ausnahmefällen gezahlt werden, entfällt m. E. die rechtliche und moralische Voraussetzung, die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung von irgendwelchen Bedingungen abhängig zu machen. Es ist ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand, daß man auf der einen Seite den Arbeitnehmer und mit ihm seinen Arbeitgeber zwingt, Beiträge zu leisten, und auf der anderen Seite in bestimmten Fällen Erwerbslosenunterstützung nicht zahlen läßt. Es kommen in Frage die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren, manche Ausländer und alle diejenigen, die jetzt wegen der Auslegung der Begriffe „Kriegsfolge“ und „Bedürftigkeit“ Erwerbslosenunterstützung nicht erhalten. Es entspricht nur einem Gebot der Billigkeit und Gerechtigkeit, daß dieser Zustand möglichst bald beseitigt wird. Abgesehen davon, daß es dem Erwerbslosen einfach unverständlich ist, daß er keine Unterstützung erhalten soll, trotzdem er Beiträge geleistet hat, bieten gerade die Begriffe „Kriegsfolge“ und „Bedürftigkeit“ dauernd Anlaß zu vielen Klagen und Beschwerden. Bei wohlwollender Auslegung der Kriegsfolge fällt es einem Verteidiger dieses Standpunktes nicht schwer, zu beweisen, daß alle und jede Arbeitslosigkeit und die dadurch bedingte Hilfsbedürftigkeit, im großen Zusammenhang gesehen, eine Kriegsfolge ist. Unser ganzes wirtschaftliches Gland, mit allen seinen Erscheinungen, ist eine Kriegsfolge. Selbst der Arbeiter, der wegen irgendwelcher Differenzen selbst die Arbeit aufgibt, oder dem sie aus diesem Grunde gekündigt wird, kann beweisen, daß seine durch die Entlassung eingetretene bedürftige Lage eine Kriegsfolge ist. In normalen Zeiten hätte er von den während der Arbeitszeit gemachten Ersparnissen eine Zeitspanne leben können, bis er wieder Arbeit hätte. Es ist eine Kriegsfolge, daß dies die Löhne heute nicht zulassen und daß er andererseits nicht bald wieder Arbeit erhält. Der Saisonarbeiter, wie Maurer, Zimmermann usw., mußte auch im Frieden während des Winters ausziehen und von seinen Ersparnissen leben bzw. einer Nebenbeschäftigung nachgehen. Man kann es doch nur als Kriegsfolge bezeichnen, daß beide Möglichkeiten jetzt fehlen.

Ein weiterer Grund für die Nichtzahlung der Erwerbslosenunterstützung ist es, wenn Bedürftigkeit nicht vorliegt. Für alle Fälle passende Auslegungen des Begriffs sind nicht zu geben, und so ist auch hier wieder die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung von der Auffassung der einzelnen die Erwerbslosenunterstützung bewilligenden Arbeitsämter abhängig, mindestens also in jedem Kreis verschieden. So wurde z. B. von einem Revisor des Wohlfahrtsministers der Befehl eines kleinen Häuschens zum Anlaß genommen, die Erwerbslosenunterstützung zu streichen. Dabei ist es meistens so, daß ein Hausbesitzer heute teurer wohnt als ein Mieter, der die Miets nach den Bestimmungen des Reichsmietergesetzes zahlt. Weiter kann ein 30jähriger unverheirateter Arbeiter Erwerbslosenunterstützung nicht erhalten, wenn der Vater, in dessen Haushalt er lebt, als Fabrikarbeiter ein kümmerliches Auskommen hat. Von welchem Einkommensbeitrag ab soll man bei den verschiedenen Familienverhältnissen Bedürftigkeit annehmen? Aus der Praxis ließen sich diese Beispiele nach Belieben vermehren.

Eine grundlegende Besserung ist nur möglich, wenn der Beitragspflicht das Recht auf Bezug der Erwerbslosenunterstützung gegenübergestellt wird. Falls man dies nicht will, müßten alle die Personen, die nach Lage der jetzigen Verhältnisse Erwerbslosenunterstützung nicht erhalten sollen, auch von der Beitragspflicht befreit werden.

Die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge mit den sonstigen finanziellen Angelegenheiten der Gemeinden in Verbindung zu bringen, erscheint nicht angebracht. Ebenso wird sich die Einziehung der Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge durch die Gemeinden nicht oder nur mit großen Unzulänglichkeiten ermöglichen lassen. So bedeutet die Einführung der Gefahrengemeinschaften über Provinz und Staat in Verbindung mit der Festlegung der Höchstbeiträge durch das Landesarbeitsamt Brandenburg für den bisher eine Gefahrengemeinschaft innerhalb des Regierungsbezirktes bestand, eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes. Bisher waren im ganzen Regierungsbezirk die gleichen Beiträge zu zahlen, jetzt wird vermutlich jeder Kreis einen anderen Satz erheben, je nachdem wie groß die Zahl der Erwerbslosen ist oder ob er zufällig eine große Kasse innerhalb seines Bezirks hat oder nicht. Kreise, die etwa zu mehreren Arbeitsämtern gehören, können so viele Prozentätze haben, als Arbeitsämter beteiligt sind. Von den

3 Proz., die das Landesarbeitsamt Brandenburg festgesetzt hat, gehen je 4 Proz. an die Ausgleichskasse für Provinz und Staat. Die restlichen 2 Proz. stehen dem Kreisarbeitsamt zur Verfügung bzw. kann der Verwaltungsausschuß desselben bestimmen, daß ein geringerer Betrag als 2 Proz. für die Bedürfnisse des Kreises erhoben wird. Daß jeder Verwaltungsausschuß bestrebt sein wird, die zu erhebenden Beträge möglichst niedrig zu halten, bedarf kaum einer Erwähnung. Es wird sich also das Bild ergeben, daß in dem günstig gestellten Kreis weniger als 3 Proz. erhoben werden, während in dem Nachbarkreis dauernd 3 Proz. erhoben werden müssen, weil einmal der Bedarf größer oder das Auskommen geringer ist und zum anderen die Ausgleichskassen nur zahlen, wenn mindestens 2 Wochen lang die höchsten Sätze, also 3 Proz. erhoben worden sind. Dem Arbeiter mit eigenen Mitteln, als das man die Ueberlassung der 2 Proz. an die Arbeitsämter bezeichnen kann, und die sparsamen hauswirtschafterlichen Verwaltern, steht der Nachteil der verschiedenen Prozentätze in benachbarten Gebieten gegenüber. Den Knappheitskassen, Post-, Bahn- usw. Kassen entstehen für die Erhebung der Beiträge ungeheure technische Schwierigkeiten bei Erhebung derselben. Da diese Kassen sich manchmal über eine größere Anzahl Kreise bzw. Arbeitsämter erstrecken, wird es nicht zu vermeiden sein, daß verschiedene Beiträge erhoben werden sollen, im schlimmsten Fall verschiedene Prozentätze als Arbeitsämter im Bezirk der Kasse in Frage kommen. Dadurch wird natürlich die Ablieferung der Beiträge derselben an die Arbeitsämter der Wohnorte der Arbeitnehmer, was eigentlich das Sinnemäße ist, wieder ungeheuer erschwert.

Die Ausgleichskasse der Provinz befindet sich an einem Ort der Provinz, Entscheiden über Zuschußanträge aber soll der Regierungspräsident. Auch dies bedeutet eine Erschwerung in der Erledigung der Anträge auf Gewährung von Zuschüssen. Der Sachbearbeiter bei der Regierung entscheidet als Einzelperson, ob Geldmittel bewilligt werden sollen oder nicht. Dabei handelt es sich nicht etwa um öffentliche Mittel, sondern um solche der Arbeitgeber und -nehmer.

Abschließend kann gesagt werden, daß die jetzt eingeführten Gefahrengemeinschaften des Ausbaues bedürftig sind.

Mit Rücksicht darauf, daß die Erwerbslosenfürsorge früher oder später doch in der Arbeitslosenversicherung auslaufen muß, dürfte es sich empfehlen, solange die Arbeitslosenversicherung noch nicht selbständig ist, den Bedarf an Geldmitteln für die Erwerbslosenfürsorge nicht mit den sonstigen kommunalen Bedürfnissen zusammenzubringen, sondern möglichst auf einen Ausbau im Sinne des eingangs Befagten als einem Organ der Selbsthilfe bestrebt zu sein. Die Erfahrung mit Hauszinssteuer und Fürsorgepflicht zeigen nur Genüge, daß die Kreise bei solchen Regelungen am schlechtesten mitkommen. Die Erhebung der Beiträge etwa durch die Gemeinde würde an den Provinz- und Landesgrenzen, die teilweise mit der Kreisgrenze zusammenfallen, besonders für die ländlichen Gemeinden mit ihren nebenamtlichen Gemeindevorstehern und Steuererhebern, bei der jetzigen Organisation der Gefahrengemeinschaft und Beitrags-erhebung kaum zufriedenstellend ausfallen.

Ferner ist eine Änderung in der Organisation dahin erforderlich, daß innerhalb jeder engeren Gefahrengemeinschaft eine Stelle bestimmt wird, die die Beiträge für die ganze Provinz festsetzt, um zu erreichen, daß die Beiträge innerhalb eines möglichst großen Gebietes gleichmäßig sind. Die Nachteile der Selbstfestlegung innerhalb jeden Arbeitsamtes wiegen die Nachteile der verschiedenen Prozentätze in benachbarten Gebieten und den Kassen gegenüber nicht auf.

Notwendig ist endlich, statt des Regierungspräsidenten eine Stelle am Sitz der Provinzausgleichskasse, vielleicht die im vorhergehenden Absatz bezeichnete Stelle oder den Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes darüber entscheiden zu lassen, ob Zuschüsse geleistet werden sollen oder nicht.

## Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt.

### Eröffnungssitzung in Hannover.

Hannover, 12. September. (Eigener Drohtbericht.) Die Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt wurde am Freitag morgen im Beisein des hannoverschen Stadthaus eröffnet. Anwesend sind ungefähr 200 Delegierte und 50 Gäste aus allen Teilen Deutschlands. Aus diesen Zahlen ist schon die umfangreiche und intensive Arbeit dieser Selbsthilfe-Organisation zu ersehen. Über 24 000 Helferinnen und Helfer wirken in Deutschland für die Arbeiterwohlfahrt, getreu den Worten, die in dem festlich geschmückten Tagungslokal oberhalb der Vorstandtribüne als Motto angebracht sind: „Durch Beschleißigkeit kann auch Rot die Rot vertreiben.“ Zu Beginn werden von dem Reichspräsidenten die Genossinnen Juchacz, Berlin und Feldmann, Hannover, die Verhandlungen tragen am ersten Tage internen Charakter und beschäftigen sich mit der eigentlichen Organisation der praktischen Arbeit und der Schaffung für die Wohlfahrtsarbeit.

Als erste Rednerin spricht die Genossin Juchacz über die Organisation. Aus ihrem Vortrage ist zu ersehen, daß die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt seit Oktober 1921 eine bedeutende Verbreitung und Vertiefung erfahren hat. Zwei Jahre sind im Leben einer Vereinigung nur eine kurze Zeit. Aber es ist vorwärtsgewandert. Wenn nicht die große Not der Kinder und Erwachsenen infolge des Krieges und der Inflation gewesen wäre, hätte eine solche Tagung wie diese einen starken theoretischen Einschlag. Die Not hat uns am Theoretisieren gehindert und zur praktischen Tätigkeit gezwungen. Die in Kürze beschlossenen Richtlinien sind so bewußt, daß sie den einzelnen Ausschüssen und Gemeindefunktionen im Bande alles erschaffen und nichts verdrängen haben. Das war gut. Nur eine starke Bindung war vorhanden und bleibt hoffentlich auch in Zukunft, nämlich die, daß zu den ausführenden Arbeiten nur Mitglieder der Partei zugezogen werden. Das steht nicht in den Richtlinien, aber wir haben es überall durchgeführt. Die Träger unserer Organisation sind Sozialdemokraten. Die Objekte unserer Tätigkeit brauchen keine Sozialdemokraten zu sein. Ihnen gegenüber wird

### Die weitestgehende Toleranz

geübt, die unbestreitbar weitergehend ist als auf katholischer und evangelischer Seite. Wenn zunächst die antische Wohlfahrtspflege der Rahmen war, in dem gearbeitet wurde, hat später die Selbsthilfe der Arbeiterwohlfahrt in der Tätigkeit überall einen sehr breiten Rahmen eingenommen. Das ist zugunsten der Organisation geschehen, ebenso wie es zweckmäßig war, daß Bezirksausschüsse gebildet wurden, Zwischenglieder, die die Arbeit erleichterten.

Als zweite Rednerin sprach Genossin Johanna Hennmann, Berlin über die Erfahrungen in der praktischen Arbeit. Über diese beiden Referate wurde in der Diskussion ausführlich gesprochen. Es wurde bedauert, daß nur ein Tag zu internen Verhandlungen vorliegen ist. Das Bedürfnis zur Aussprache ist, wie die Wortmeldungen zeigen, außerordentlich groß. Ein sächsischer Delegierter wendet sich gegen die angeblichen Sonderorganisationen der Kin-

derfreunde, die nach seiner Meinung am besten im Rahmen der Arbeiterwohlfahrt tätig sein sollten. Dagegen wendet sich die Genossin Bohm-Schuch in überzeugenden Ausführungen, in denen sie zeigt, wie notwendig es ist, daß der Forderung der Kinderfreunde keine Hemmschube angelegt werden. Genosse Ludwig vom Parteivorstand gibt auf Anfrage Auskunft über Organisationsangelegenheiten. Die Arbeiterwohlfahrt könne nicht zentralistisch aufgezogen werden. Darum warnt er vor einem Beschluß, regelmäßig Beiträge von den Mitgliedern in ganz Deutschland zu erheben. Ein eigenes Organ sei nicht zu empfehlen. Gegen eine organisch eingetragene Beilage zur „Gemeinde“ oder „Genossin“ sei vom finanziellen Standpunkt aus nichts einzuwenden.

Zum Schluß betont Genossin Juchacz, daß die Arbeiterwohlfahrt

### nichts gegen die Gründung der Kinderfreunde-Ausschüsse einzuwenden

hat. Die Arbeiterwohlfahrtsorganisationen sind organisch gewachsen, mögen die Kinderfreunde auch an Beteiligung zunehmen. Eine Vorschrift zur Gründung von Ortsausschüssen ist nicht gegeben.

In der Versammlung herrscht ein einmütiger Geist, der sich besonders dadurch zu erkennen gibt, daß die eingegangenen Anträge nicht zur Abstimmung kommen, sondern dem Hauptausschuß zur wohlwollenden Beratung und Erledigung überwiesen werden. Der Hauptausschuß soll gehalten sein, aus jedem Bezirk je einen Vertreter bei der endgültigen Behandlung dieser Anträge zu einer Versammlung hinzuziehen. Ein leibfällig aufgenommenem Vortrag des Landesrats Hans Eingender, Düsseldorf, behandelte die Arbeit im befestigten Gebiet. Zum Schluß sprach Genossin Hedwig Wagenheim, Berlin über die Schulung für die Wohlfahrtsarbeit. Am Sonnabend beginnt die öffentliche Tagung, in der Vorträge über Sonderfragen vorzulesen sind.

## Wirtschaft

### Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

13. März . . . . .	1,08	14. Mai . . . . .	1,16	9. Juli . . . . .	1,19
17. . . . .	1,07	21. . . . .	1,15	16. . . . .	1,15
9. April . . . . .	1,11	28. . . . .	1,13	23. . . . .	1,16
23. . . . .	1,13	18. Juni . . . . .	1,12	30. . . . .	1,14
30. . . . .	1,14	25. . . . .	1,11	3. September	1,15
7. Mai . . . . .	1,15	2. Juli . . . . .	1,17	10. . . . .	1,16

Steigerung gegen die Vorwoche 0,9 Proz.

## Staatsbürgschaften zur Förderung der Ansiedlung.

Das preussische Staatsministerium gab kürzlich gemäß Artikel 55 der Verfassung den Entwurf einer Verordnung über Staatsbürgschaften zur Förderung der Ansiedlung heraus, dem vom Ständigen Ausschuß des Landtags mit einer unwesentlichen Änderung zugestimmt wurde. Aus dem für das Siedlungsproblem außerordentlich wichtigen Entwurf teilt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mit:

Zur Förderung der Schaffung neuer Ansiedlungen im Sinne des § 1 des Reichsiedlungsgesetzes vom 11. August 1919 — und zwar im wesentlichen für die aus den abgetretenen Gebieten vertriebenen Deutschen Ansiedler — darf namens des Staates die Bürgschaft für die Verzinsung und Tilgung von Darlehen übernommen werden, die von anderer Seite an gemeinnützige Siedlungsunternehmer gemährt werden. Die Gesamthöhe der zu verbürgenden Kapitalbeträge darf 25 Millionen Goldmark nicht übersteigen. — Die Darlehen können außer auf Goldmark auch auf den örtlich festgestellten oder festzulegenden Preis einer bestimmten Menge von Roggen, Weizen oder Feingold lauten. Für die Anrechnung auf die Gesamthöhe der zu verbürgenden Kapitalbeträge ist der Goldmarkwert der Kapitalschuld am Tage der Bürgschaftsübernahme maßgebend.

Das verbürgte Darlehen ist durch Eintragung einer Hypothek auf der Ansiedlerstelle zu sichern. Bis zum Uebergang des Eigentums an der Ansiedlerstelle auf den Ansiedler genügt die Eintragung einer Sicherungshypothek auf den Grundbesitz des gemeinnützigen Siedlungsunternehmens. Die Höhe des verbürgten Darlehens muß innerhalb der für die Rentenbankrente bei Rentengütern zulässigen Sicherungsgrenze liegen.

Zur Deckung der dem Staat aus der Bürgschaftsübernahme erwachsenden Verpflichtungen ist dem Rechnungsjahr 1925 ab jährlich ein angemessener Betrag in den Staatshaushaltsplan einzustellen.

Aus der umfangreichen Begründung sei folgendes mitgeteilt:

Den Anlaß zu der Verordnung gab einmal die Notwendigkeit, die Wiederanfertigmachung der von den Polen vertriebenen Ansiedler mit größtmöglicher Beschleunigung durchzuführen, sodann die durch die Geldentwertung verursachte Unmöglichkeit, die landwirtschaftliche Siedlung auf dem früher üblichen Wege der Beleihung durch die bestehenden Rentenbanken zu finanzieren.

Daß die Selbsthilfe der Flüchtlinge von der preussischen Staatsregierung mit allen Kräften gefördert werden soll, hat der Preussische Landtag in mehreren Beschlüssen ausgesprochen. Die vom Reich den Flüchtlingen bewilligte Verdrängungsschuldung genügt nicht, um die Kosten einer aus nur notwendig mit Gebäuden und Inventar ausgestatteten Siedlerstelle zu decken. Die gemeinnützigen Siedlungsvereinigungen waren genötigt, ihr eigenes Betriebskapital in den Kosten für Aufbau und Ausstattung der Ansiedlerstellen in weitem Umfang festzusetzen und sich überdies mit brüchigen Landkäufen zu befassen. Hierdurch sind sie illiquide geworden und nicht mehr imstande, ihre Siedlungsstätigkeit außer mit ganz kapitalstarken Bewerbern, zu denen die Flüchtlingsflüchtler nicht gehören, fortzusetzen.

Vor der Vernichtung unserer Währung durch die Inflation waren für die Siedlungen in Preußen die Rentenbanken die Finanzierungsinstitute. Die Möglichkeit, die bayerische Ansiedlerstelle bis zu 4/5, ja bis zu 2/3 ihres Markwertes mit Rentenbankgeldern zu beleihen, befreite die Siedlungsvereinigungen von dem Zwange, eigenes Geld auf den Siedlerstellen liegen zu lassen. Es ist beabsichtigt, dem Landtage eine Vorlage zu machen, die diesen Weg in einer den Zeitverhältnissen angepaßten Form wieder eröffnen soll. In Ausnahme des dem Bürgschaftsinstitut zugehörigen zugrunde liegenden Gedankens soll mit dieser Verordnung versucht werden, zweifelhafte Hypotheken von privater Seite dadurch zu gewinnen, daß der Staat für die Verzinsung und Tilgung dieser Darlehen die Bürgschaft übernimmt.

Bei Verhandlungen mit einem privaten Beleihungsinstitut hat sich dieses bereit erklärt, eine zweifelhafte Beleihung auf Rentenbasis zu bewirken und das Geld durch Ausgabe von Kommunalobligationen zu beschaffen, falls der Staat für die Hypotheken die Bürgschaft übernimmt. Auch andere Kreditinstitute und sonstige private Geldgeber könnten in Frage kommen. Die Bürgschaft soll für wertbeständige Hypotheken jeder Art übernommen werden. — Um die für die Staatskasse entstehende finanzielle Verpflichtung im Höchstmaße zu begrenzen, ist die Gesamthöhe der zu verbürgenden Hypotheken auf 25 Millionen Goldmark festgelegt. Dieser Betrag wird genügen, um die Flüchtlingsflüchtler, soweit sie noch nicht finanziert ist, durchzuführen, bis die beabsichtigte Umstellung der staatlichen Rentenbanken erfolgt ist.

Die zu dieser Verordnung ergangenen Ausführungsbeschlüssen des preussischen Landwirtschaftsministers befagen u. a.:



Um erstfälligen Dauerkredit für Stedlungen zu beschaffen, gemäß die bereits bestehende Gesetzgebung. Insbesondere ist die Roggenrentenbank A.G. in Berlin als das für die Beschaffung von Stedlungen zurzeit hauptsächlich in Betracht kommende Kreditinstitut in der Lage, erstfälligen Dauerkredit zu gewähren. Dagegen fehlt es an der gesetzlichen Möglichkeit, darüber hinaus Kredit in einem Ausmaß zu gewähren, wie ihn die Rentenbanken auf Grund der Vorschriften der Rentenbankgesetzgebung zur Verfügung stellen. Diese Lücke soll durch die Notverordnung geschlossen werden.

Mit der Ausführung der Verordnung werden die Bundeskulturbehörden beauftragt. Der Bundeskulturratspräsident hat bei Antrag auf Hebernahme einer Staatsbürgerschaft für ein bestimmtes Stedlungsvorhaben auf dem schnellsten und einfachsten Wege prüfen zu lassen, ob das Objekt zur Stedlung geeignet ist, welchen Wert es hat und in welcher Höhe die Staatsbürgerschaft unbedenklich übernommen werden kann. Gibt hiernach der Antrag in sachlicher wie in personeller Beziehung keinen Anlaß zu Bedenken und werden die hypothetischen Eintragungen im Grundbuch sicher gestellt, so ist der Bundeskulturratspräsident ermächtigt, namens des Staates die Hebernahme der Bürgerschaft für rechtsverbindlich zu erklären.

### Gegen die Auflösung des Kohlsyndikats.

Die Arbeiter- und Angestelltengruppen der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes hat folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die Gruppe der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes ersucht die Reichsregierung, auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes sofort Vorkehrungen zu treffen, die eine Stilllegung weiterer Ruhrgruben verhindern und weiter die Grubenbesitzer zu verpflichten, bereits stillgelegte Gruben wieder in Betrieb zu setzen, soweit die Befolge der Befolgungen und der ortsansässigen Bevölkerung die Wiederinbetriebnahme solcher Gruben erheischen und soweit solche Bergwerke nur die vorläufige und nicht als dauernde Betriebsbetriebe zu betrachten sind. Im Interesse des Bergbaues ist es weiter dringend nötig, daß das Kohlsyndikat weiter bestehen bleibt. Die Gruppen der Arbeiter und Angestellten ersuchen, alsbald Maßnahmen zu treffen, um, wenn nötig, zur zwangsweisen Sanftfötebildung zu schreiten.“

Sonnabendbörsen in Berlin? An der Berliner Börse sind Bestrebungen im Gange, im Gegensatz zu der bisherigen Uebung, auch am Sonnabend eine Effektenbörse abhalten zu lassen. Dieser Plan stößt auf starken Widerstand der Bankbeamtenorganisationen. So teilt der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mit: Gegen den gegenwärtig zur Erörterung stehenden Plan, an Sonn- und abend den Börsenverkehr wieder aufzunehmen, hat der Zentralverband des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten dem Berliner Börsenverband gegenüber scharfsten Protest erhoben. Die Prüfung dieser Frage durch die Verbändlungsinstanzen hat ergeben, daß eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die Wiedereinrichtung des gegenwärtigen Zustandes verneint werden müsse. Die

Durchführung des Planes würde nicht nur für das Gewerbe keine wirtschaftlichen Vorteile bringen, sondern mühte zu einer Quelle schwerster sozialer Konflikte werden, da sie für die Bankangestellten einen unerträglichen Rückschritt bedeutet. Man darf erwarten, daß dieser Protest auf die Entschliessung des Börsenverbandes nicht ohne Einfluß bleiben wird.

**Kohlensyndikat-Rheinmetall.** Die großen Hämischen Hämisen, die im Kohlensyndikat vereinigt sind, haben jetzt einen Vorstoß in den Kohlensyndikat unternommen. Sie haben sich eine Aktienmehrheit bei den Rheinischen Stahlwerken gesichert, die bekanntlich auch über die Rheinischen Hämisen verfügen. Der Aktienbesitz des Kohlensyndikats reicht aus, um auf Grund der Beteiligung im Kohlensyndikat den Anspruch eines besonderen Sicherungsfondes für den Selbstverbrauch erheben zu können. Dadurch, daß der Kohlensyndikat diesen Anspruch erhebt, ist die Transaktion bekannt geworden.

**Lauchhammer-Rheinmetall-Konzern.** Unter vorliegender Firma wurde ein Unternehmen gegründet, das die bisherige Interessengemeinschaft zwischen den Eisen- und Maschinenbau-Abteilungen der Linke-Hofmann-Lauchhammer, A.G. und den Abteilungen für Hämisen- und Bergwerksbau der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik vertieft. Die Beziehungen des KCG-Konzerns, zu dem Linke-Hofmann-Lauchhammer gehört, und der Rheinmetall A.G. werden erweitert. Das Arbeitsprogramm der neuen Firma, welche Zweigniederlassungen in Düsseldorf, Miesbach a. d. Elbe und in Lauchhammer (Provinz Sa.) unterhält, betrifft Kranbau, Eisenhoch- und Brückenbau, Dampf- und Generatorenbau, ferner den Bau von Elektroschiffen, Bergwerksanlagen, Zerkleinerungsmaschinen, Ausrüstungen für Häfen, Werften u. a. m. Durch Beteiligung an der Gröppel-Rheinmetall A.G. in Bochum erstreckt sich der Geschäftskreis auch auf Kohlenaufbereitungsanlagen.

**Erhöhte Kreditgewährung der Reichsbank.** Die Abkehr von der Politik der Kreditrestriktionen geht deutlich aus dem Ausweis der Reichsbank vom 8. September hervor. Danach hat sich die gesamte Kapitalanlage in der ersten Septemberwoche weiter um 21,1 auf 2018,2 Goldmillionen erhöht. Im einzelnen erweiterten sich die Marktwechsel und Lombardbestände um 4,7 auf 828,3 Goldmillionen, die Rentenmarktkredite um 16,6 auf 1115,8 Millionen Rentenmark. An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten sind nach Abwicklung des Ultimobedarfes insgesamt 54 Goldmillionen in die Kassen der Bank zurückgefließen, und zwar nahm der Umlauf an Banknoten um 16,2 auf 1875,6 Trillionen Mark, der Rentenmarkumlauf um 37,8 auf etwa 1890 Trillionen Rentenmark ab. Die fremden Gelder vermehrten sich im ganzen um 93,9 auf 655,8 Goldmillionen Mark. Der Goldbestand wurde weiter um 11,6 auf 528,1 Millionen Goldmark vergrößert.

**Auffreuerregende Verhaftung eines Textilgroßkaufmanns.** Ende der vorigen Woche ist der Mitinhaber der bekannten Textilgroßhandlung Gebrüder Varenholz, Herr David Varenholz, auf Grund eines von der Staatsanwaltschaft Eiberfeld beantragten Haftbefehls ganz plötzlich in Nordhausen verhaftet worden. Der „Konfektionär“ erzählt hierzu, daß es sich bei dieser Verhaftung um eine Anzeige wegen Vergehens gegen die Konkursordnung handelt. Herr David V. hatte im vorigen Jahre in Eiberfeld an der Gründung der Varenholz Textil A.G. teil-

genommen, die jedoch Anfang dieses Jahres ihre Tätigkeit einstellte ohne je zur handelsgerichtlichen Eintragung gelangt zu sein. Die Anzeige behauptet nun, daß die Eintragung der Gesellschaft absichtlich unterblieben sei, um Warenlieferanten zu schädigen, und daß in die Gläubiger schädigender Weise über Werte der Eiberfelder Gesellschaft rechtswidrig verfügt worden sei. Der Strafantrag soll von dem Württembergischen Gläubiger-Schutzverband in Stuttgart gestellt worden sein. Gegen die Verhaftung, die ohne vorherige Vernehmung erfolgt ist, ist Beschwerde eingelegt. Die Firma Gebrüder Varenholz in Nordhausen und Berlin hat, wie ausdrücklich festgesetzt sei, mit dem ganzen Strafverfahren nichts zu tun.

**Die deutschen Handelskammern im Ausland.** Wie der Deutsche Industrie- und Handelsstag mittels, hat der Aufbau der wirtschaftlichen Vertretungen Deutschlands im Ausland bereits große Fortschritte gemacht. Wir besitzen im Ausland folgende Handelskammern und wirtschaftliche Vereinigungen: 1. Deutsche Handelskammer in der Schweiz, Zürich, Löwenstr. 25, 2. Deutsche Handelskammer für Spanien, Barcelona, Ronda Urdersdorf 10, 3. Deutsch-ungarische Handelskammer, Budapest IV, Szevita ter 3, 4. Deutsch-italienische Handelskammer, Mailand, Via Goito 7, 5. Deutsche Wirtschaftskammer, Wien I, Elisabethstr. 9, 6. Deutsch-finnischer Handelskammerverein, Helsinki, 7. Board of Trade für Germano-Amerikaner Commerce, New York, 60 Broadway, Suite 507, 8. Deutsche Handelskammer, Buenos Aires, Casilla Correo 516, 9. Deutsche Handelskammer, Valparaiso, Casilla 1411, 10. Deutsche Handelskammer in Uruguay, Montevideo, Casilla 132, 11. Verband Deutsch-brasilianischer Firmen, Rio de Janeiro, Caixa Postal 111, 12. Verband der Deutschen Firmen in Peru, Lima, Casilla 388, 13. Handelsausschuß des Verbandes Deutscher Reichsangehöriger in Merico, D. F. Apartado Nr. 2694, 14. Deutsche Handelskammer für Kuba, Havana, Apartado Nr. 1021, 15. Deutsche Handelskammer für Haiti, Port au Prince, Vertretung der Körperschaften unter Ziffer 8-15 in Deutschland; Geschäftsstelle der deutschen Handelskammern in den lateinamerikanischen Ländern, Hamburg 11, Börse (Handelskammer, 3. Stock, Zimmer 221), 16. Deutsche Handelskammer in Tientsin (Anschrift: A. Münster-Schulz, i. Fa.: Carlomag u. Co.), 17. Deutsche Handelskammer für Shanghai, 18. Rangle Road, 18. Deutsche Handelskammer in Kanton, 19. Deutsche Handelskammer in Hankau, 20. Deutsche Vereinigung in Tsingtau, 21. Deutsche Vereinigung in Tientsin, 22. Deutsche Vereinigung in Tsingtau, 23. Deutsche Vereinigung in Harbin, 24. Deutsche Vereinigung in Tokio-Yokohama, 25. Deutscher Bund Batavia. Vertretung der Körperschaften unter Ziffer 16-25 in Deutschland: Ostasiatischer Verein Hamburg, Ferdinandstraße 56.

**Besserung der dänischen Krone.** In den letzten Tagen hat sich die dänische Krone stark verbessert. So ist z. B. der Sterling von seinem höchsten Kurs im vorigen Monat um 2,10 Kronen gefallen. Grund hierfür ist die günstige Handelsbilanz für Juli, die einen Import und Export mit 177 Millionen Kronen aufweist, und Gerüchte, daß für August ebenfalls eine günstige Bilanz erzielt worden sei. Auch die Krediteinschränkung, die die sozialdemokratische Regierung angeordnet hat, wirkt zugunsten der Krone. Wie weit Börsengerüchte über eine neue Valutaanleihe eine Rolle auf das Verhalten der Börse zur Krone ausüben, ist unbestimmt.

**Theater, Lichtspiele usw.**  
**Staats-Theater**  
Opernhaus  
Täglich 8 Uhr  
Die große Revue:  
**Wien gib acht!**  
Täglich 8 Uhr  
Die vier Schäumler  
Täglich 8 Uhr  
„Sie“  
Komödie v. Reicko  
Erich Kaiser-Tietz  
Rodolf Lettincker

**Kleines Th.**  
Täglich 8 Uhr  
Der Teufelsadvokat  
Eine Casapovalom  
mit Ferdin. Bonn  
Gutschein bis 14.9.  
1-4 Personen  
80% Ermäßigung  
**Residenz-Th.**  
Dir.: Fel. Meinhardt  
Tägl. 7 1/2 Uhr  
**Die vier Schäumler**  
Walt von Walter W. Luchter  
Duke Loh, Betty Fehner,  
Karl Wallner  
1 1/2, Central-Th. 7 1/2  
Alte Jakobstr. 32  
Dir.: Hans Felix  
6 Wissenswurm  
Karl Högner, Joh. Müller,  
S. Böck, Lohrer-Lara, H. Loh,  
Sonnabend 3 Uhr:  
Inhigents  
**Neues Theater am Zoo**  
Täglich 8 Uhr  
Gastspiel  
Adolf Philipp  
**Die Reise nach Amerika**  
3 Bilder aus dem Leben des  
Deutsch-Amerikaner

**Komische Oper**  
Direktion: James Klein  
8 Uhr Alabandich 8 Uhr  
Die gemalte und gelbe Reue aller Zeiten:  
**Das hat die Welt noch nicht gesehen**  
Schauspiel Komiker Leo Slezak  
über 250 Mitwirkende

**URANIA Taubenstr. 48-49**  
Untergrundbahnhof Kaiserhof  
Vom 14. bis 21. September, 7 Uhr abends  
am 20. u. 21. Sept., 8 Uhr nachm. u. 7 Uhr abends  
**FILM-VORTRAG**  
Obering. DREYER  
**SÜDAMERIKA**  
Brasilien  
1. Akt. Bremerhaven-Nordsee—Die Inseln des ewigen Frühlings—Bordleben.  
2. Akt. Die Aequatoraufsteige nach Seemannsbranch. Seemannshumor. Fernando Noronha, die Verbrecherinsel. — Pernambuco u. seine Ureinwohner.  
3. Akt. Rio de Janeiro, die schönste Stadt der Welt. Filmaufnahmen vom Flugzeug aus. Im botanischen Garten. Das Schlangeinstitut Butantan mit 2000 Giftschlangen.  
4. Akt. Das Revolutionsgebiet Santos und Sao Paulo im Film.  
5. Akt. Die wirtschaftliche Bedeutung Brasiliens und Reisen im Binnenlande. Die Kolonisation von der Hütte des Ureinwohners bis zur Dorf- und Stadtgemeinde. Die Ansländersdeutschen.  
Vorverkauf: Theaterkasse und Wertheim  
Eintritt 0.50 bis 5.— Mark

**WALHALLA**  
am Rosenhaier Tor  
**12 internationale Kunstkräfte**  
Anf. 7 1/2 Uhr. Mäßige Preise!  
Vorverk. ab 11 Uhr ununterbrochen

**Große Volksoper im Theater des Westens**  
7 1/2 Uhr: Carmen (Gastdirigent: Leo Blech)  
**URANIA** Taubenstr. 48-49  
im Theater am 13. u. 14. Septbr., um 6 1/2 und 9 Uhr, am 15. u. 16. Septbr., um 9 Uhr; am 19. u. 21. Septbr., um 9 Uhr.  
**Alt-Berlin II. Teil**  
Aus der guten alten Zeit  
Vortr.: Dr. v. Leszel, Direkt. d. Urania  
Heitere Gesangs- u. Coupletvorträge  
Einakter: Die Hochzeitsreise  
Vorverk.: Wertheim u. Verlagsanst. v. 12-1 u. 4 Uhr ab

**Casino-Theater**  
Täglich 8 Uhr  
Das erste, beste Prog.  
Zum Schluss:  
Der Eröffn.-Schlag  
Was Liebe schön sein!  
Komödie in 4 Akte  
Volkstümliche Preise  
**Winstons**  
auch Seelwe  
u. auch Nymphen  
sowie der  
Sept.-Spielplan!  
Schauspiel  
**Reichshallen-Theater**  
Vater Jäger  
**Stettiner Sänger**  
Anfang 8 Uhr  
**Dönhoff-Brettel**  
Schauspiel  
Gr. Spezial-Programm  
Anf. 7 1/2, Sonntag 8 1/2 U.

**Walhalla** am Rosenhaier Tor  
Großes internationales Varieté-Programm  
Anf. 7 1/2 Uhr. Mäßige Preise  
**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Achtung! Achtung!  
Arbeitslose und kranke Mitglieder!  
Zwei Beschlüsse des Vorstandes sind vom 28. September die Unternehmung für arbeitslose und kranke Mitglieder wieder eingeleitet. Da die arbeitslosen Mitglieder, die sich über den 1. Oktober hinaus nicht mehr bei uns melden, als arbeitslos eingestuft werden, ist es dringend notwendig, daß die arbeitslosen Mitglieder bis zum 1. Oktober bei uns melden. Die Unternehmung wird bereits am 1. Oktober ab im Herbsthaus (großer Saal postl., Lindenstraße 89/90, entgegengekommen und müssen am 29. September beantragt sein. Spätere Meldungen werden vom Lager der Unternehmung abgerechnet. Jeder 6 Wochen darf kein Mitglied mit seinen Beiträgen verlieren. Die Unternehmung erfolgt unter Beteiligung des Mitgliedsbuches und der Stammpolizei, welche ordnungsgemäß gezeichnet sein muß. Kranke legen den Krankenchein vor.

**SOLO**  
8 Uhr  
Internat. Varieté  
Sonntag 3.30 zu halben Preis, das volle Programm!  
Th. Admiralpalast  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
die große Revue  
**Noch und noch**  
19. 2. Teil, in erster Nacht.  
3 1/2 u. 8 1/2 Uhr  
**Deutsch. Opernhaus**  
7 1/2 Uhr: Carmen  
festliches Th. 8 U.  
lauf doch, in. 2. Teil  
Besuch im Bett etc.

**RIESEN-CIRCUS**  
**KRONE**  
Schlachthaus Allee • Reichstr. Danziger Straße  
Tägl. ab 6. 8 Uhr, Sonntag 9. 4 Uhr  
**Eigentliche Circus 3 Manen**  
Spiele in  
**88 Sensationen 85**  
ZOO ca. 400 Tiere täglich ab 10 Uhr  
vom. bis 7 Uhr gelüft.  
Konzert: 2 Kap. • Musikdirektion: 11 Uhr vom.  
Vorverkauf! Wertheim u. Circuskassee  
Nachm. Kinder unter 12 Jahren halbe Preise!

**Im Tunnel:**  
Gr. Schenkwitzplatz  
**20 Stimmungs-Kanon**  
Eintritt frei!

**LUNAPARK**  
Heute: Letztes Kinderfest  
Sommers Abschied  
Eintrittspreis: Kinder 50 Pf.  
Erwachsene 1 Mk.  
2 Kapellen Feuerwerk  
Kinder-Preisspiele  
Große Kinder-Tombola  
mit vielen wertvollen Gewinnen  
Hauptgewinn:  
ein Ponygespann mit vierstelligem Brauk  
Kinderfahrrad, Kinderauto, Puppen,  
Pferde, Spielzeug u. nützliche Sachen  
Jedes Los nur 50 Pf. 6  
Beginn d. Kinderfestes 7 1/2 U. nachm.

**Reue Haare**  
wachsen ihnen wieder  
Reich's Haarrestor-  
waffer „Intra-  
mitt“ thut nach  
möglichem Einreiben.  
So lauten viele An-  
erkennungsn. 2.75  
und 3.75. In Dro-  
gerien, sonst bei Otto  
Reichel, Berlin 4  
50, Offenbachstr. 4.

**Bau-, Geldschrank- und Möbelschlosser!**  
Montag, den 15. September, nachmittags 8 1/2 Uhr, in den „Sophien-Sälen“, Sophienstr. 17/18:  
**Branchenversammlung**  
Zwecksetzung: 1. Bericht von den Schmeckenbildungen, 2. Stellungnahme dazu.  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung muß jeder im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierte Schlosser anwesend sein. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
**Achtung! Kronenbetriebe Achtung!**  
Dienstag, den 16. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal „Reichsberger Hof“, Reichsberger Str. 147:  
**Branchenversammlung**  
aller Schlosser und Schlossinnen der Branche, deren Inhaber Mitglieder des Verbandes der Fabrikanten kunstgewerblicher Beschäftigter sind. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Die Octoberversammlung.

**Feuersozietät für die Provinz Brandenburg**  
Amtliche Anstalt (Seit zwei Jahrhunderten bestehend)  
**Hausrat-Feuerversicherung**  
nur 40 Pfennig für 1000 Goldmark Versicherungssumme  
für Beschützung l. malter Gebäude ohne Gewerbe in Berlin  
Beschwerden ohne Eingradung!  
Reine Ausfertigungsgelder!  
Wohnbereich 3 Goldmark  
**Joffer Beitrag!** keine Nachschußpflicht!  
**Hausrat-Versicherungen auf „Erstes Risiko“**  
für Feuer (einsig) zu den  
Einbruch (einsig) bekannten  
Feuer und Einbruch kombiniert) Bedingungen  
Schwere Kaufkraft! Städtewesen Berlin (Anf. 1. Oktober 1913)  
entgeltlich! (Anf. 1. Oktober 1913)

**Wallner-Theater**  
Tägl. 7 1/2 Uhr:  
**Urcel Acosta**  
**Dramatisch. Theater**  
Chausseestr. 30/31  
Tel. Norden 10160/61  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Komödie um Rosa**  
v. F.A. Angermayer  
**Rose-Theater**  
8 Uhr:  
Meine Braut —  
Delia Braun

**Rennen zu Grunewald**  
Sonnabend, d. 13. Sept.  
nachm. 2 Uhr  
**Wien-Berlin**  
Interessantes  
**Unterhaltungs-Varieté**  
EINTRITT FREI!  
Gr. September-Programm  
Große Bierabteilung!  
Täglich: 4-UHR-TEE bei  
freiem Eintritt mit dem großen  
Programm.

**Hecht** Tabakwaren-  
großhandel  
Zigaretten, Zigarretten,  
Tabak billig  
**Lindenstr. 81**

**Berliner Konzerthaus**  
Mauerstraße 82 • Mauerstraße 82  
Täglich nachmittags:  
**Vier-Uhr-Kaffee**  
Dienstag • Donnerstag • Sonnabend • Sonntag:  
**Gesellschaftsabend-Tanz**

**Feuersozietät für die Provinz Brandenburg**  
Amtliche Anstalt (Seit zwei Jahrhunderten bestehend)  
**Hausrat-Feuerversicherung**  
nur 40 Pfennig für 1000 Goldmark Versicherungssumme  
für Beschützung l. malter Gebäude ohne Gewerbe in Berlin  
Beschwerden ohne Eingradung!  
Reine Ausfertigungsgelder!  
Wohnbereich 3 Goldmark  
**Joffer Beitrag!** keine Nachschußpflicht!  
**Hausrat-Versicherungen auf „Erstes Risiko“**  
für Feuer (einsig) zu den  
Einbruch (einsig) bekannten  
Feuer und Einbruch kombiniert) Bedingungen  
Schwere Kaufkraft! Städtewesen Berlin (Anf. 1. Oktober 1913)  
entgeltlich! (Anf. 1. Oktober 1913)